

Gesellschaftliche Entwicklung, Arbeiterbewegung und Sozialismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Peter Brandt

Es ist fraglich, ob Historiker geeignet sind, besonders treffsicherere Zukunftsprognosen zu erstellen. Auch zu gesellschaftlich-politischen Gegenwartsdiagnosen fühlen sie sich in der Regel nicht berufen, jedenfalls nicht in ihrer Eigenschaft als Fachwissenschaftler. Äußern sie sich als politisch Engagierte, was im Bereich der Arbeiterbewegungsgeschichte aus nahe liegenden Gründen, die den in die Jetztzeit hinein ragenden Gegenstand selbst betreffen, wohl häufiger vorkommt als in anderen historischen Arbeitsbereichen, treten sie in einer anderen Rolle auf. Und doch wird ihre Intervention stets maßgeblich von ihren professionellen Prägungen und Erfahrungen mitbestimmt sein, so wie umgekehrt die politische Orientierung die Themenwahl, die Fragestellung und generell den Zugang zur arbeiterbewegungsgeschichtlichen Forschung bzw. Publizistik mit beeinflussen wird. Die idealtypische Unterscheidung verschiedener Rollen des politisch engagierten Wissenschaftlers, hier des Historikers, verliert in der Praxis somit einiges an Eindeutigkeit, insbesondere dann, wenn es – wie im Folgenden – um einen breit ausholenden Essay und nicht um eine quellengesättigte Detailstudie geht. Mein Versuch knüpft thematisch an den vor einem Jahrzehnt im „JahrBuch“ erschienenen Beitrag zur Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhundert¹ an, zielt aber auf die Erweiterung der Perspektive in die Gegenwart, auch in geografischer Hinsicht.

Eine zweite Vorbemerkung: Die Konnotation Arbeiterbewegung – Sozialismus erscheint heute weit weniger selbstverständlich als im größeren Teil des 20. Jahrhunderts (in dem das Verhältnis ebenfalls komplizierter war als damals vielfach angenommen). Ich will diesen Problemkomplex hier indessen nicht im Hinblick auf die theoretische Stimmigkeit unterschiedlicher Konzepte aus früheren Epochen diskutieren. Vielmehr soll

¹ Peter Brandt: Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Entwicklung – Wirkung – Perspektive, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2002/I, S.5-20. – Im Folgenden sind im Hinblick auf den eher analytischen Charakter des Beitrags nur wörtliche Zitate und im Text direkt oder indirekt angesprochene Autoren nachgewiesen. Weiterführende Literatur siehe: www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de/heft2012_1_br_lit.html.

schon im Titel deutlich werden, dass mich die Arbeiterbewegung nicht nur als eine der großen Sozial- und Emanzipationsbewegungen der Menschheitsgeschichte (was sie fraglos war) interessiert, sondern stets auch als potenzielle soziale Trägerin einer grundsätzlichen Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung, einer Alternative, deren prinzipielle Möglichkeit und gegebenenfalls konkrete Charakteristika ihrerseits zur Debatte stehen. Das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Sozialismus hat Gegenstand von Untersuchung zu sein; es kann nicht durch ideologische Setzungen geklärt werden.

Ferner sei in diesem Sinn eingangs betont, dass die beiden Begriffe „Arbeiterbewegung“ und „Sozialismus“ hier in ihrem weitesten Sinn gemeint sind: alle – spontanen wie organisierten – Artikulationen von Lohnabhängigen bzw. abhängig Beschäftigten zur Vertretung ihrer Interessen als Gruppe einerseits, und auch sämtliche sich auf ein, wie immer im Einzelnen definiertes, sozialistisches Ziel (als solidarische Gesellschaft der Freien und Gleichen) beziehenden Gedanken, Aktionen, Organisationen und politische Systeme sowie mit dieser Tradition historisch und in ihrer spezifischen Funktion weiterhin verbundene Einrichtungen.

Der traditionelle Überhang: Kommunisten und Sozialdemokraten, Revolution und Reform

Die sich unter Berufung auf Lenin kommunistisch nennenden Strömungen, wie sie sich auch unterscheiden: von ultra-stalinistischen bis zu trotzkistischen, hatten und haben eine wesentliche Gemeinsamkeit: Ihr zentraler positiver Bezugspunkt sind die Bolschewiki und die Oktoberrevolution. Erst dadurch bekam die bei Marx noch recht unbestimmte, aufgrund der kurzen Existenz der Pariser Kommune gewonnene Erkenntnis, das Proletariat könne den alten Staatsapparat nicht einfach für seine Zwecke benutzen, sondern müsse diesen „zerschlagen“, um eine Staats- und Regierungsform neuer Qualität an seine Stelle zu setzen, einen konkreten Inhalt.² Als deren Organisationsform boten sich die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte an, wie sie in Russland 1905/06 sowie ab 1917 als Kampforgane, Repräsentation und Teilhaber einer Doppelherrschaft entstanden und dann auch in etlichen der Krieg führenden und neutralen Staaten gebildet wurden. Bis dahin hatten sich die europäischen Sozialis-

² Siehe Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich (1871), in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 17, S.313-365; W. I. Lenin: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution (1917), in: Ders.: Werke, Bd. 25, S.393-507.

ten den „Zukunftsstaat“ des Übergangs zur neuen Gesellschaft in der Regel als eine uneingeschränkt demokratische Republik vorgestellt, in der die politische Macht in der Volksvertretung konzentriert wäre. Nach dem Aufstand gegen den Zarismus im Frühjahr 1917 („Februarrevolution“) und dann während und im Gefolge des Oktoberumsturzes konzipierten die Bolschewiki, speziell Lenin, das Programm einer „Sowjet-(Räte)-Demokratie“ des werktätigen Volkes, die in ihrem partizipatorischen Gehalt jeder „bürgerlichen Demokratie“ überlegen sein sollte. Die Niederhaltung der, zahlenmäßig kleinen, ehemals herrschenden Klassen und ihrer – vermeintlichen – politischen Vertretungen mochte in der Anfangseuphorie des revolutionären Umbruchs als relativ einfache und ohne viel Blutvergießen zu erledigende Aufgabe erschienen sein, die die demokratische Selbstbestimmung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten nicht wesentlich beeinträchtigen würde.

Bekanntlich blieb von der Sowjetdemokratie schon während des Bürgerkriegs zugunsten der Diktatur der Avantgarde-Partei, in der allerdings noch offen und kontrovers diskutiert wurde, wenig übrig. Das endgültige Verbot der konkurrierenden sozialistischen Parteien und namentlich das interne Fraktionsverbot der Bolschewiki – gerade angesichts des Übergangs zur Neuen Ökonomischen Politik mit ihrer teilweisen Wiederherstellung der Marktwirtschaft für erforderlich gehalten – erledigte 1921 den Rest. Gewiss kann die Entwicklung nicht einseitig Lenin, Trotzki und ihren engeren Mitstreitern angelastet werden; auch aufseiten der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre war die Bereitschaft gering, zu einer gemeinsamen Regierung der „revolutionären Demokratie“ zu kommen. Eine solche hätte Anfang 1918 sowohl in den Sowjets als auch in der frisch gewählten Konstituante über eine überwältigende Mehrheit verfügt. Als die „Weißen“ den bewaffneten Widerstand begannen, kurz nachdem schon ausländische Mächte interveniert hatten, machte sich die Eigendynamik des Bürgerkriegs geltend, der von beiden Seiten mit großer Brutalität und Grausamkeit geführt wurde (neun bis zehn Millionen Opfer). Was man den früheren Bolschewiki, namentlich Lenin und Trotzki, vorwerfen muss, ist die Unbedenklichkeit, mit der sie sich – vermeintlich nur dem „Gaul Geschichte“ auf die Sprünge helfend – über alle Einwände und Skrupel hinwegsetzten, am Ende zwar die Macht bewahrten, aber angesichts des nicht wirklich einkalkulierten Ausbleibens der „Weltrevolution“ eigentlich keinen Plan hatten, was sie, in Russland isoliert, vernünftigerweise damit anfangen sollten.

Die Partei unter Führung Lenins und ihre Diktatur war etwas qualitativ anderes als die persönliche Herrschaft Stalins, unter der personell, struk-

turell und geistig der ursprüngliche Bolschewismus in einen neuen, irrational-despotischen Aggregatzustand überführt wurde. Wie immer man den sozialen und politischen Charakter des Stalinismus im engeren Sinn definiert, es handelte sich zweifellos um eine der repressivsten Staatsordnungen der Geschichte, terroristisch nicht nur gegenüber jeder Art von tatsächlicher und vermuteter Dissidenz, sondern gegenüber dem gesamten Volk. Die Agrar-Kollektivierungskampagne in den Jahren um 1930 und die „Großen Säuberungen“ der späteren 30er-Jahre bedeuteten für Russland – nach dem Ersten Weltkrieg und dem Bürgerkrieg – die dritte humanitäre Katastrophe mit wiederum etlichen Millionen Toten. Es bleibt ein historisches Verdienst Nikita Chruschtschows, den Massenterror beendet, die Einmandiktatur Stalins durch eine „Kollektive Führung“ ersetzt, ein begrenztes Maß an Rechtssicherheit im Alltag geschaffen und vor allem die Millionen Sklavenarbeiter des Gulag, politische Gefangene verschiedener Kategorien, befreit zu haben. Die mittlerweile auch sozial verselbstständigte Herrschaft der Nomenklatura blieb bestehen, konsolidierte sich sogar, doch für die Sowjetbürger und für die Bewohner der anderen Warschauer-Pakt-Staaten bedeutete die begrenzte Entstalinisierung seit 1953/56 eine gewisse Normalisierung des Daseins. Die „totalitäre“ Diktatur verwandelte sich in eine eher „autoritäre“.

In Erwartung der Fortsetzung des weltrevolutionären Prozesses, der 1917 eingeleitet zu sein schien, hatte die kühne Aktion der Bolschewiki zunächst eine begeisterte Resonanz beim linken Flügel der Arbeiterbewegung aller Länder – und Sympathie darüber hinaus – gefunden. Nach den Schrecken des Völkerkriegs im Interesse der konkurrierenden Imperialismen schien der Einsatz auch massiver Gewalt zum Sturz des kapitalistischen Systems mehr als gerechtfertigt. Mit der Norwegischen Arbeiterpartei, der Mehrheit der USPD, der französischen Sozialisten und anderen gewann die 1919 neu gegründete Kommunistische Internationale westeuropäische Massenparteien von beträchtlichem Gewicht. Doch kamen schon bei der Spaltung mehrerer der großen Parteien über die Frage des Beitritts zur Dritten Internationale spezifische statutarische Methoden zur Geltung (die „21 Bedingungen“), mit denen man auf administrativem Weg die weitere Mitgliedschaft „reformistischer“ und „zentristischer“ Elemente in den neuen kommunistischen Parteien unmöglich machen wollte. Ein beträchtlicher Teil der Mitglieder ging, auch aufgrund künstlicher Versuche, der Roten Revolution namentlich in Deutschland doch noch zum Sieg zu verhelfen (Märzaktion 1921), schnell wieder verloren. Auch im Hinblick auf die Kommunistische Internationale und die ihr angehörenden Parteien gilt, dass das innere Leben der Organisation in

den ersten fünf bis zehn Jahren noch von echten Auseinandersetzungen um die richtige Politik gekennzeichnet war, bevor die Stalin-Fraktion jede Kontroverse unterband und ein striktes Gefolgschaftssystem mit automatischem Nachvollzug der in Moskau, zum Teil in jähen Wendungen, jeweils beschlossenen „Generallinie“ durchsetzte. Und doch blieb in allen Phasen die Bindung der kommunistischen Parteien, wenn sie nicht bedeutungslose Sekten werden wollten, an den autochthonen Arbeiterradikalismus ihrer Länder mehr oder weniger intensiv bestehen. Ungeachtet dessen geriet der kommunistische Flügel der internationalen Arbeiterbewegung durch das unvermeidliche (und hemmungslos ausgenutzte) Übergewicht der sowjetrussischen Partei von Anfang an in eine Schiefelage. Es geschah das, was Rosa Luxemburg in ihrem Text über die Russische Revolution (der zugleich eine Verteidigungsschrift war) prophezeit und was Leo Trotzki schon 1904 in einer luziden Kritik des Leninschen „Substitutionalismus“ formuliert hatte.³ (Trotzki und die Trotzkiisten wollten davon später nichts mehr wissen, weil sie aus Legitimationsgründen allein auf die ab Frühjahr 1917 klar dominierende Übereinstimmung der beiden Revolutionsführer abhoben.)

Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts waren die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien – Letztere gab es außer in Europa namentlich in Ozeanien in nennenswerter Größe – zu mächtigen Massenorganisationen mit vielfach breiter Wählerunterstützung herangewachsen; der Zuwachs hielt, beinahe kontinuierlich, bis 1914 an. Die deutsche Sozialdemokratie, schon seit 1890 wählerstärkste Partei, errang in der letzten Vorkriegswahl mehr als ein Drittel der Stimmen (in ähnlicher Größenordnung bewegten sich die Ergebnisse in mehreren anderen Ländern, namentlich in Nordeuropa). Die Mitgliederzahl der SPD übertraf am Vorabend des Weltkriegs eine Million, die der Konsumvereine bzw. Genossenschaften 1,3 Millionen und die der Freien Gewerkschaften 2,5 Millionen. Im Jahr 1909 saßen Sozialisten in Parlamenten von 14 europäischen Ländern, darunter alle größeren außer Russland, zudem in British Columbia (Kanada), in Neuseeland und Australien, wo 1910 mit der Labour Party erstmals eine Regierung aus der Arbeiterbewegung berufen werden musste. Ebenfalls die Mandatsmehrheit und annähernd die Stimmenmehrheit errangen die Sozialdemokraten 1916 in dem noch stark agrarisch geprägten Finnland, das als Großfürstentum mit Sonderstatus dem

3 Siehe Rosa Luxemburg: Die russische Revolution (1918), in: Dies.: Politische Schriften, Bd. 3, Frankfurt/Main 1968, S.196-141; Leo Trotzki: Schriften zur revolutionären Organisation, Reinbek bei Hamburg 1970 (darin insb.: Unsere politischen Aufgaben, 1904).

Zarenreich angegliedert war. Die Sozialdemokratie und später auch linkssozialistische Gruppierungen sowie die Kommunistische Partei konnten sich neben den Industrie-, Transport- und Forstarbeitern dort von Anfang an auch auf Landarbeiter und Kleinbauern stützen.

Parallel zu den Wahlerfolgen entwickelte sich der Massenstreik in den expandierenden Investitionsgüterindustrien und in der Textilindustrie (als dem quantitativ bedeutendsten Gewerbebranchen der Zeit) zur schärfsten außerparlamentarischen Waffe der Arbeiter. Außer in den wirtschaftlichen Konflikten kam in verschiedenen Ländern der Massen- und Generalstreik mit unterschiedlichem Erfolg auch beim Wahlrechtskampf zum Einsatz. Am hartnäckigsten geschah das in Belgien, wo in den Jahren 1886, 1888, 1893, 1902 und 1913 für ein demokratisches Wahlrecht gestreikt wurde. Erst mit dem Ende des Ersten Weltkriegs gelang dort die Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, zunächst für Männer.

In den zwei Jahrzehnten vor 1914 wurden auch Tendenzen zur Integration der Arbeiterbewegung in die bestehenden politischen Systeme deutlich sichtbar, jedenfalls in den Verfassungsstaaten, besonders in den schon parlamentarisierten. 1894 engagierte sich erstmals ein britischer Premier in einer Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Unternehmern als Schlichter. Ähnliches geschah fünf Jahre später in Frankreich – in demselben Jahr, als der Sozialist Alexandre Millerand als Handelsminister in eine bürgerlich-liberale Regierung eintrat und damit eine lange und heftige Kontroverse in den sozialistischen Parteien über den „Ministersozialismus“ auslöste. In Dänemark einigten sich im Jahr 1899 Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sogar auf ein Rahmenabkommen zur Regulierung des Arbeitsmarkts, das 1910 um die Institutionen eines Schlichters und eines Gerichts ergänzt wurde. Dieses „Zentralabkommen“ sollte den Weg zur vorrangig friedlichen Lösung von Tarifauseinandersetzungen ebnen und gilt bis heute als eine Art frühes Grundgesetz der Arbeitsbeziehungen.

Schon ein flüchtiger Blick in die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte macht indessen deutlich, dass die abstrakte Gegenüberstellung von „Reform“ und „Revolution“ wenig aussagekräftig ist. Relativ genau kann man bestimmen, ob im verfassungsrechtlichen Sinn ein Bruch des politischen Systems eintrat, wofür die Französische Revolution von 1789 ebenso ein Beispiel ist wie die Russische Revolution von 1917 (sowohl die „Februar“- als auch die „Oktoberrevolution“). Das gilt aber auch für weniger dramatische Ereignisse wie die deutsche Novemberrevolution 1918 oder der als Militärputsch begonnene Sturz der autoritären Ordnung in Portugal 1974.

Wann eine gescheiterte revolutionäre Erhebung als – wenn auch misslungene – „Revolution“ anzusehen ist, stellt sich schon wesentlich komplizierter dar. Damit kommen zwei andere Kriterien ins Spiel: die Massenbeteiligung und die Radikalität des Geschehens, auch im Hinblick auf die sozioökonomische Basis. Deren weitgehend eigendynamische Umwälzungen werden ja häufig ebenfalls als „Revolution“ bezeichnet, selbst wenn sie sich, wie bei der Durchbruchphase der Industrialisierung, über Jahrzehnte hinziehen. Über die „Revolution von oben“ sind profunde konzeptionelle Überlegungen angestellt worden,⁴ und man könnte ergänzend die „Revolution von außen“ als verwandten Typ identifizieren.

So wenig – sei es umgangssprachlich, sei es theoretisch-begrifflich reflektiert – Revolution gleich Revolution ist, so wenig bedeutet Reform stets das Gleiche. Man hat systemüberwindende systemimmanente Reformen gegenübergestellt, was zweifellos ein wesentlicher Gesichtspunkt ist. Aber was ist mit dem „System“ gemeint: die gesellschaftliche Großformation oder die politische bzw. Verfassungsordnung? Ein Beispiel: Gesellschaftspolitisch bedeutet der Wechsel vom Konstitutionalismus mit Vorrang des Monarchen zum Konstitutionalismus mit Vorrang des Parlaments in Frankreich 1830, wobei nur die Figur des Königs ausgewechselt und einige Verfassungsartikel geändert sowie das Wahlrecht (nicht besonders stark) erweitert wurden, lediglich eine Verschiebung innerhalb des herrschenden Machtblocks zugunsten der (Finanz-)Bourgeoisie. Die im Juli 1830 durchaus vorhandenen Elemente einer darüber hinausgehenden, im sozialen Inhalt bürgerlich-demokratischen Revolution kamen, letztlich wegen eines geschickten Krisen-Managements, nicht zum Tragen. Doch zweifellos förderte die „Juli-Revolution“ die weitere Ausbildung einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in Frankreich.

Auch im Hinblick auf deren Ablösung beinhaltet die Grenzbeziehung zwischen „Reform“ und „Revolution“ eine Reihe von Problemen, die hier nur angedeutet werden können: Das Programm der chilenischen Unidad Popular, mit dem Salvador Allende 1970 den Präsidentschaftswahlkampf gewann, hatte ebenso wie das Regierungsprogramm der verbündeten Sozialisten und Kommunisten im Frankreich der 1970er-Jahre eine den Kapitalismus transzendierende Stoßrichtung, doch war in beiden Fällen nicht an die Abschaffung der repräsentativen Demokratie, allenfalls an

4 Siehe Ernst Engelberg: Über die Revolution von oben. Wirklichkeit und Begriff, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 22 (1974), S.1183-1212; Hans-Ulrich Wehler: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1973. Siehe auch Peter Brandt: Art. „bürgerliche Revolution“, in: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 2, Hamburg 1995, Sp.394-400.

deren Ausbau und Erweiterung gedacht. Im Inhalt war das (bzw. wäre zweifellos gewesen) ein von einer breiten Massenbewegung begleiteter, revolutionärer Vorgang, formal jedoch ein Reformprozess.

Zudem sind die Intentionen wie die Wirkungen von Reformen, die im Rahmen der gegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung bleiben, nicht immer eindeutig zu bestimmen. Die preußischen Reformer des frühen 19. Jahrhunderts wollten gewiss die Monarchie und den Staat Preußen erhalten, entwickelten zu diesem Zweck aber ein (dann aufgrund der gesellschaftlichen Machtverhältnisse nur teilweise verwirklichtes) Reformprogramm, das sozioökonomisch wie verfassungspolitisch eine qualitative Veränderung, gewissermaßen eine Substitution der bürgerlichen Revolution, beinhaltete.

Die schwedischen Sozialdemokraten nutzten im Herbst 1918 das tiefe Erschrecken der einheimischen Konservativen vor der mit dem Sturz der Monarchie begonnenen Revolution in Deutschland, um diesen demokratisierende Wahlrechtsreformen, insbesondere im Hinblick auf Frauen sowie die Kommunen und die Erste Kammer, abzutrotzen, wobei die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft die nötige Drohkulisse schuf. Dem waren vor dem Ersten Weltkrieg bereits entscheidende Erweiterungen des Stimmrechts und 1917 der Wechsel zur parlamentarischen Regierungsform vorausgegangen, Ziele, die lange im Bündnis mit den Liberalen, auch außerparlamentarisch, verfolgt worden waren. Die parlamentarische Mehrheit wollte man, darüber gibt es keinen Zweifel, nach dem Krieg zur gesetzlichen Verwirklichung des Sozialismus – der Sozialisierung und der Planwirtschaft – nutzen, also für ein inhaltlich revolutionäres Ziel.

Erst die Trägheit der Verhältnisse, die – gemessen am strategischen Ziel der eigenen Mehrheit – Langsamkeit des Stimmenzuwachses während der 20er-Jahre und die verheerenden Wirkungen der Weltwirtschaftskrise ab 1929 ließen einen neuen Politikansatz zur Geltung kommen, der im Bündnis mit der politischen Vertretung der Bauernschaft agrarprotektionistische Maßnahmen, staatliche Arbeitsbeschaffung, den Ausbau der Sozialsysteme und quasi keynesianische Staatsintervention kombinierte. Ergebnis dieses über Jahrzehnte verfolgten Kurses war der avancierte schwedische Wohlfahrtsstaat, der im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft blieb und die kapitalistische Produktionsweise nicht überwand, das im klassischen Sinn auch nicht beanspruchte. Er wurde aber von den Sozialdemokraten Schwedens als der Weg zu einem „funktionalen Sozialismus“ verstanden und legte die Frage nach der Systemtranszendenz niemals ganz ad acta. Den Grundgedanken hatte Nils Karleby schon

1926 formuliert, wonach das kapitalistische Eigentum kein monolithischer Block sei, sondern ein Konglomerat aus wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Funktionen sowie gesellschaftlichen Normen. Man sollte, so Karleby, die einzelnen sozialen und wirtschaftlichen Reformen nicht als Vorbereitung von etwas verstehen, was eines Tages als komplett Neues erkämpft werden würde, sondern diese Veränderungen seien selbst schon ein Teil einer neuen, sozialistischen Qualität.⁵

Auch die reflektierenden Köpfe der deutschen Sozialdemokratie und der mit ihnen informell verbundenen Freien Gewerkschaften zur Zeit der Weimarer Republik verstanden ihre reformstrategisch-gradualistischen Konzepte als den Kapitalismus transzendierend. „Wirtschaftsdemokratie“ war als Übergang zum Sozialismus gedacht, wobei die wichtigsten einzelnen Programmpunkte die Demokratisierung des Bildungswesens und die Weiterentwicklung des Arbeitsrechts (mit betriebsdemokratischen Aspekten), die Schaffung von Selbstverwaltungskörpern in der Wirtschaft unter staatlicher Kontrolle und die Stärkung des Genossenschaftswesens bzw. der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft sowie die Ausweitung öffentlicher Betriebe waren. Auch die kommunale Selbstverwaltung sollte in ihren Kompetenzen und in ihrem demokratischen Gehalt erweitert werden. Die durchaus wahrgenommenen Veränderungen im Kapitalismus interpretierte man in der Konsequenz – konträr zur kommunistischen Deutung – als Herausbildung eines „organisierten Kapitalismus“. Dieser würde imstande sein, die Konjunkturzyklen immer besser abzufedern und böte aus sich heraus Ansatzpunkte für einen von der Arbeiterbewegung im Rahmen der bestehenden politischen Institutionen voranzutreibenden, gewissermaßen fließenden Übergang zum Sozialismus. Dass eine solche Programmatik durch die Weltwirtschaftskrise und den Hitler-Faschismus zur Makulatur und für viele Zeitgenossen als realitätsblind desavouiert wurde, heißt nicht automatisch, dass in den einschlägigen Analysen und Rezepten nicht auch Wahres und unter anderen Umständen Brauchbares steckte.

Unabhängig von der Stimmigkeit der Grundannahmen solcher reformsozialistischen Ansätze ist offensichtlich (und wurde Jahrzehnte später auch von den, insbesondere den großen, kommunistischen Parteien Westeuropas so gesehen), dass für die hoch entwickelten Länder der nördlichen Hemisphäre eine Revolution nach dem Muster des russischen Oktober aus vielerlei Gründen nahezu als unvorstellbar galt, weshalb sie auch nicht

5 Siehe Nils Karleby: *Socialismen inför verkligheten* [Der Sozialismus angesichts der Wirklichkeit], Stockholm 1926.

anzustreben sei. (Nicht das fürchteten übrigens die Sozialdemokraten in der Hochphase des Kalten Krieges, sondern eher eine, eventuell von Einheimischen unterstützte, jedenfalls von außen geförderte schleichende Machtexpansion von Kommunisten im Besitz von Schlüsselstellungen des Staatsapparats analog den „antifaschistisch-demokratischen“ und „volksdemokratischen“ Umwälzungen im Osten Europas nach 1945.) Die seit den frühen 1960er-Jahren entwickelten kommunistischen Konzepte „antimonopolistischer“ Veränderungen, „demokratischer“ bzw. „antikapitalistischer“ Strukturreformen suchten dieser Situation Rechnung zu tragen. Auch die Massenstreikbewegungen der späten 1960er- und frühen 1970er-Jahre, selbst solche vorrevolutionären Charakters wie im französischen Mai 1968, machten die neuen strategischen und programmatischen Überlegungen nicht gegenstandslos. Der „Eurokommunismus“ versuchte vielmehr, die von den Arbeiterkämpfen und der Jugendradikalisierung ausgehenden Basisimpulse in eine Reformstrategie zu integrieren.

Jenseits aller Exzesse des Stalinismus waren im frühen Sowjetstaat und in den Rätebewegungen in Europa nach 1917, später im Zuge der Volksfront- bzw. ausgeweiteten Bündnispolitik durchaus Elemente einer neuen, den Kapitalismus überwindenden Volksdemokratie ohne Anführungszeichen enthalten. Die kommunistischen Parteien der entwickelten kapitalistischen Welt taten sich jedoch bis zum Schluss schwer mit einem wirklich pluralen Verständnis von Bündnispolitik und Demokratie, wenn sie sich dem nicht gänzlich verschlossen.

In Demokratie drückt sich die Selbstbestimmung des „Volkes“, in seiner Mehrdeutigkeit einst ein Zentralbegriff der politischen Agitation der Arbeiterbewegung, aus. Demokratie hat in diesem Sinn mit der Würde des Kollektivs und der beteiligten Individuen zu tun und ist andererseits auch das einzige Mittel, die Verselbstständigung von Führungsgruppen und dadurch verursachte Fehlentscheidungen zu verhindern. Demokratie braucht formale Regeln; es reicht nicht, sie inhaltlich zu definieren. Das Staatsverständnis schon der klassischen Sozialdemokratie vor 1914 entbehrte einer eigenen Verfassungs- und Demokratietheorie, während man programmatisch diesbezüglich die alten Forderungen des bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Radikalismus weiter transportierte, wie allgemeines, gleiches Wahlrecht, Volksbewaffnung usw. In verständlicher und bis zu einem gewissen Grad berechtigter Kritik an der „formalen Demokratie“, die im günstigsten Fall den politischen Überbau der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft bildete, unterschätzte man die Wichtigkeit verlässlicher, kodifizierter Strukturen des staatlichen Zusammenle-

bens. Der ungeheure zivilisatorische Fortschritt, den speziell der europäische Kontinent mit der Festigung autonomer Gewalten, der institutionellen Trennung von Staat und Kirche sowie zunehmender Religionsfreiheit und einem (zunächst adeligen) Widerstandsrecht, seit dem Aufgeklärten Absolutismus dann mit der schrittweisen Festigung von Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit (in einer sozial extrem ungleichen Gesellschaft), schließlich mit der Ausdehnung von Partizipation und der Einschränkung der Exekutive über Jahrhunderte erlangt hatte – in der Zwischenkriegszeit wurde er noch einmal gründlich infrage gestellt –, schien nicht hintergebar.

Die politische Form von Demokratisierung innerhalb des Rahmens des Kapitalismus oder eines diesen transzendierenden Prozesses kann – auch im Hinblick auf die historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts – nur die demokratische Republik mit einem festen Regelwerk sein, einschließlich rechtsstaatlicher Sicherungen. Die „Diktatur des Proletariats“ war immer schon ein missverständlicher Terminus. Auch eine sozialistische Demokratie mit qualitativ erweiterten Partizipationsmöglichkeiten für die Volksmassen ist nur möglich als Mehrparteiensystem mit der vollen Freiheit der Staatsbürger zu wählen, wen immer sie wollen, der Freiheit der Meinungsäußerung sowie der Freiheit auch für nichtsozialistische Auffassungen, sich zu organisieren.

Kapitalismus mit menschlichem Gesicht?

Die schrittweise Angleichung großer Teile Südost- und Ostmitteleuropas an die Herrschafts- und Gesellschaftsordnung der Sowjetunion seit 1944/45 und in ihrem Gefolge die Entstehung eines sowjetisch geführten östlichen Blocks – von vornherein beabsichtigt oder nicht – machte zwar die amerikanische Leitvorstellung der „Einen Welt“ unter informeller US-Hegemonie hinfällig, erleichterte aber den USA ganz wesentlich die Formierung eines westlichen Blocks mit der NATO als politisch-militärischem Kern der „freien Welt“ und unter weitgehender Einbeziehung des sozialdemokratischen Zweigs der internationalen Arbeiterbewegung als eine Art linker Flügel der „Weltdemokratie“. Es gab nur noch zwei „Supermächte“. Der Ost-West-Konflikt – zugleich Großmachtkonkurrenz, Konflikt zwischen Kapitalismus und bürokratisch-kollektivistischem Etatismus sowie Auseinandersetzung zwischen den politischen Ordnungen der repräsentativen Demokratie und der pseudo-plebiszitären, diktatorischen „Volksdemokratie“ – beeinflusste und überlagerte für Jahrzehnte sämtliche zwischen- und innerstaatlichen Auseinandersetzungen: den

Ungarnaufstand 1956 und die diversen israelisch-arabischen Kriege ebenso wie die portugiesische Revolution 1974/75 und namentlich die Befreiungsbewegungen in der nun so genannten „Dritten Welt“.

Die militärische Ausschaltung der Achsenmächte und die Beendigung innerimperialistischer Rivalitäten, namentlich die Degradierung Großbritanniens zu einem auch finanziell abhängigen Bündnispartner zweiter Ordnung, und damit eine historisch einmalige Konzentration militärischer und politischer Macht, setzten die USA nach 1945 in stand, die Grundlinien der neuen Weltwirtschaftsordnung, jedenfalls für die kapitalistischen Länder, zu bestimmen. Diese sollte durchaus unmittelbaren amerikanischen Interessen dienlich sein, war aber zugleich von dem Gedanken getragen, eine erneute Zerrüttung des ökonomischen und politischen Gefüges des Globus zu verhindern. Eine wesentliche Erkenntnis bestand darin, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau (West-)Europas ohne die Einbeziehung Westdeutschlands nicht möglich sein würde. Der Marshall-Plan zwang Sieger und Besiegte zur Kooperation und fügte sich in das mit der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und dem auf weitgehenden, aber regulierten Freihandel zielenden Regime ein. Die Verwirklichung der wirtschaftsliberalen Prinzipien erfolgte somit nur schrittweise und selektiv.

Diese Neujustierung des globalen Gefüges, das eine Voraussetzung für die neuen Arrangements auf nationaler Ebene im Sinne eines Klassenkompromisses zwischen Kapital und Arbeit bildete, wäre ohne die Herausforderung durch die Sowjetunion und die von ihr abhängigen bzw. mit ihr verbündeten Staaten sowie politischen Kräfte vermutlich nicht in der Weise erfolgt und weiter betrieben worden. Insofern lässt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit sagen, dass die beachtlichen materiellen Zugeständnisse und Sozialreformen, die in Europa und Japan unter Regierungen unterschiedlicher politischer Ausrichtung realisiert wurden, durch die Existenz der UdSSR mindestens befördert wurden. Geschwächt wurden indessen angesichts des wenig einladenden sowjet-kommunistischen Modells dadurch paradoxerweise gerade weitergehende Bestrebungen zur Überwindung des Kapitalismus, insbesondere in Westdeutschland.

Die Wiederbelebung des Weltmarkts unterstützte die Wachstumsimpulse, die vom materiellen Wiederaufbau ausgingen. Die Rekonstruktionsperiode setzte sich fort in einem lang anhaltenden, wenig unterbrochenen Boom. Erst in den 1950er- und 1960er-Jahren wurde der Kontinent als ganzer (mit weiterhin erheblichen geografischen Unterschieden) durchindustrialisiert, was bis dahin nur für die fortgeschrittensten Länder, vor allem für Großbritannien und Deutschland, gegolten hatte. Um 1970 ar-

beiteten doppelt so viele Europäer in der Industrie (und fast ebenso viele im Dienstleistungssektor) wie in der Landwirtschaft. Diese musste, ebenso wie das Kleingewerbe, unter dem Modernisierungsdruck dieser Periode im großen Umfang Arbeitskräfte, nicht zuletzt aus der Familienwirtschaft, abgeben.

In den hoch entwickelten Ländern Nordamerikas, Westeuropas und Japans nahmen seit den 1950er-Jahren erstmals die breiten Schichten des werktätigen Volkes, speziell der Arbeiterschaft, als Konsumenten auch langlebiger Güter am Wirtschaftswachstum teil. Infolge der hohen Produktivitätssteigerung wuchs der durchschnittliche Reallohn bei abhängiger Beschäftigung über einen langen Zeitraum in einer Geschwindigkeit und in Höhen, die frühere Generationen nicht für möglich gehalten hätten. Die Arbeitslosigkeit ging schnell zurück, und Arbeitskräftemangel machte sich bemerkbar. Die durchschnittliche Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit (bei erheblich steigender Arbeitsintensität) sank. Der Anteil des Familieneinkommens, den Arbeiter für Ernährung und Kleidung ausgeben mussten, nahm drastisch ab. Die deutliche Verbesserung des Wohnstandards und der Wohnsicherheit (verbesserter Mieterschutz) wurde durch die Steigerung desjenigen Anteils vom Lohn erkauft, der für Wohn- (wie für Transport-)kosten aufgewandt werden musste.

In den USA reichten die Anfänge des Konsumkapitalismus, dessen Symbol der private PKW wurde, bis in die 1920er-Jahre zurück. Der Kern des „fordistischen“ Modells bestand im Übergang von einer „extensiven“ zu einer „intensiven“, auf tayloristischer Arbeitsorganisation und Massenproduktion von Gebrauchsgütern gerichteten Akkumulation. Der traditionelle Facharbeiter, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen bestimmend gewesen war, verschwand nicht, wurde aber in den mechanisierten Großbetrieben sukzessive verdrängt durch den für Europa neuen Typ des angelernten Massenarbeiters. Neben die klassischen Wachstumsindustrien Kohle, Stahl, Maschinenbau, Chemie und Elektro trat als neue dynamische Branche die Automobilindustrie.

In Westeuropa und etwas anders auch in Japan wurde der Fordismus ergänzt durch den Ausbau der, jetzt auch verstärkt als prophylaktisch verstandenen, sozialstaatlichen Systeme in einem Ausmaß, dass eine neue Qualität der Sicherung erreicht wurde. Die einschlägigen Verbesserungen beinhalteten in der Regel die Garantierung eines materiellen Minimums, ein neues, Existenz sicherndes Konzept der Altersrente, die zumindest teilweise Finanzierung der Sozialsysteme aus Steuern und das Prinzip des einklagbaren Rechts auf die betreffenden Leistungen. Die USA hatten

während des New Deal seit 1933 Schritte in die Richtung eines Interventions- und Wohlfahrtsstaats gemacht. Gleichzeitig erfolgte dies in Schweden und anderen Ländern Nordeuropas unter sozialdemokratischen Regierungen, wobei das Meiste auch dort erst nach 1945 auf den Weg gebracht wurde und sich in das gesamt(west-)europäische Bild grundlegender Sozialreformen seit der zweiten Hälfte der 1940er Jahre einfügte. Die Sozialausgaben wuchsen noch ganz erheblich schneller als die Wirtschaft und nahmen im westeuropäischen Durchschnitt in den Jahren 1960 bis 1974 jährlich um fast die Hälfte zu.

„Keine andere Periode der Geschichte Europas hatte eine solche Steigerung des Lebensstandards zu verzeichnen.“⁶ Diese Feststellung, die ebenso für die USA und Japan gilt, ist grundlegend für das Verständnis der Geschichte der Nachkriegszeit, selbst wenn die regionalen Unterschiede, auch innerhalb der einzelnen Länder, beträchtlich blieben.

Das Ineinandergreifen von Nachkriegskonjunktur, US-Hegemonie, keynesianisch inspirierter Wirtschaftspolitik und Wohlfahrtsstaat begünstigte die Gewerkschaften, die in den zweieinhalb Jahrzehnten nach 1948 ihre hohe Zeit erlebten. In dieser Zeit, einer Phase annähernder Vollbeschäftigung, erlangten sie mit einer festen und noch breiter werdenden sozialen Basis in der Industriearbeiterschaft eine starke Verhandlungsposition, waren als Tarif- (und darüber hinausgehend „Sozial“-)Partner voll anerkannt und konnten in mehreren Ländern weitgehende Mitbestimmungsregelungen erwirken. Teilweise mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung begünstigte die gesamtgesellschaftliche Entwicklung auf parteipolitischer Ebene die der Arbeiterbewegung entstammende und mit den (oder bestimmten) Gewerkschaften verbundene Sozialdemokratie, die, am ausgeprägtesten in Nordeuropa, eine spezifische Variante demokratischen und sozialstaatlichen Korporatismus organisierte und repräsentierte. Das Goldene Zeitalter des Kapitalismus wurde auch zum Goldenen Zeitalter der – reformistischen – Arbeiterbewegung.

Der neoliberale Kapitalismus

Die Prosperitätsperiode fand ihr Ende in der durch den Ölpreisschock vom Herbst 1973 ausgelösten internationalen Konjunkturkrise, die in eine Phase langsameren Wachstums und erhöhter Krisenanfälligkeit überleitete. Das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Arrangement der ersten drei Nachkriegsjahrzehnte schien für die Kapitaleseite jetzt nicht mehr

6 Hartmut Kaelble: Sozialgeschichte Europas 1945 bis zur Gegenwart, München 2007, S.94f.

tragbar, da sie durch die starke Stellung der Gewerkschaften und den avancierten Wohlfahrtsstaat angesichts geringerer Produktivitätssteigerung in eine Profitklemme geriet. Wie nach 1945 spielten objektive, aus veränderten Akkumulationsbedingungen resultierende, auch durch technologische Neuerungen ermöglichte Entwicklungen zusammen mit einer bewusst und gezielt eingeleiteten politischen Umsteuerung unter Federführung der konservativen und rechtsliberalen Parteien, die dann aber auch von den Kräften der linken Mitte weitgehend akzeptiert und sogar betrieben wurde.

Eine besondere Bedeutung erlangten die Regierungswechsel in Großbritannien (zu Margaret Thatcher und den Tories) 1979 und in den USA (zu Ronald Reagan und den Republikanern) 1981. Im britischen Fall wurde ein alter, unter Anpassungsproblemen leidender Wohlfahrtsstaat mit erheblichem öffentlichen Sektor und einer starken Stellung der Gewerkschaften unter Aufkündigung der vorher gültigen Umgangsregeln konfrontativ in Richtung auf ein neues, liberalistisches Kapitalismus-Modell umgebaut. Die von Frau Thatcher und anderen realisierten Änderungen – Deregulierung, Privatisierung, Steuersenkung – beförderten den Globalisierungsschub der 1980er- und 1990er-Jahre, indem sie dem Privatkapital auch auf internationaler Ebene einen erweiterten Spielraum verschafften. In den USA, wo die wohlfahrtsstaatlichen Elemente aus den 1930ern (New Deal) und 1960ern (Great Society) institutionell leichter rücknehmbar konstruiert waren, gingen die gewerkschaftlichen Errungenschaften der 1960er- und 1970er-Jahre weitgehend wieder verloren. Die Reagan-Regierung setzte aber auch international zu einem großen Rollback an, das alles ins Visier nahm, was aus ihrer Sicht mit „Sozialismus“ zu tun hatte.

Parallel zum permanent steigenden Druck auf die Arbeiterbewegung und den Wohlfahrtsstaat in den reichen Ländern des Westens geriet auch das System des „real existierenden Sozialismus“, der kommunistische Etatismus, im Osten in Bedrängnis. Der Zusammenbruch des Sowjetblocks bzw. – in China – die Umwandlung der Diktatur in eine Agentur einer halb staats-, halb privatkapitalistisch betriebenen Industrialisierung und Modernisierung beruhten zu einem erheblichen Teil darauf, dass sich das alte System mit den wirtschaftlichen Effizienzmängeln, der Semiautarkie und der Unbeweglichkeit der politischen Steuerungsmechanismen gegen die Sogkraft des Weltmarkts nicht behaupten konnte. Das Scheitern der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ zeigte sich vor allem in der Endphase, als die Strukturen immer eklatanter mit den Anforderungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien kollidierten.

Dazu kamen die recht begrenzte, aber angesichts der prinzipiellen Geschlossenheit des Systems subversiv wirkende Öffnung des Ostblocks im Gefolge der Entspannungspolitik und des Helsinki-Prozesses sowie indirekte Einflüsse der westlichen Friedensbewegung. Schließlich musste sich die neue Kremlführung unter Michail Gorbatschow eingestehen, sogar auf dem Feld der militärischen, vor allem atomaren Rüstung den Wettlauf mit den USA verloren zu haben, und entließ die Staaten des Warschauer Pakts aus der Kuratel. Zu allen diesen Bedingungsfaktoren musste jedoch noch das Handeln der Reformkräfte innerhalb der Apparate und, mehr noch, das Aufbegehren der revolutionären Demokratisierungsbewegung kommen. Der wirtschaftlich-soziale und politische Ordnungswandel in den Jahren 1989 bis 1991 mündete nicht wegen der (eher emanzipatorisch-basisdemokratischen) Ziele der Opposition oder ihres konkreten Handelns, sondern wegen der „Großwetterlage“, der gegebenen historischen Konstellation, in die (zum Teil liberalistisch-brutale) Wiederherstellung kapitalistischer Marktökonomien.

Der Epochenwechsel, der sich seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre vollzog, ließ über die extreme Verschuldung und das folgende monetaristisch-neoliberale Tilgungsregime schließlich auch die Staaten des Südens nicht ungeschoren, wo etliche Versuche einer eigenständigen und autozentrierten Entwicklung aufgegeben werden mussten, so etwa das Nehru'sche Konzept für Indien. Ob sie ihre vorwiegende Rolle in der internationalen Arbeitsteilung als Lebensmittel- und Rohstofflieferanten angenommen hatten (weil die führenden Klassenfraktionen als Großgrundbesitzer bzw. Kaufleute davon profitierten) oder eine Politik autonomer, importsubstituierender Industrialisierung – sei es unter mehr privatkapitalistischen, sei es unter mehr staatskapitalistischen Vorzeichen – dagegen gesetzt hatten, die Länder waren in aller Regel nicht in der Lage, ein Pro-Kopf-Wachstum in einer Größenordnung und Dauer zu erreichen, das die Bevölkerungsvermehrung deutlich übertroffen und eine spürbare Verbesserung des Lebensstandards sowie eine durchgreifende gesamtgesellschaftliche Modernisierung ermöglicht hätte.

In den vier Jahrzehnten zwischen 1960 und 2000 stagnierte das durchschnittliche Bruttosozialprodukt pro Kopf in den Ländern der „Dritten Welt“ unter geringen Schwankungen bei etwa 4,5 Prozent desjenigen der „Ersten Welt“. Hauptsächlich innerhalb der „Triade“ Nordamerika/Westeuropa/Japan flossen also mehr denn je die Ströme des wirtschaftlichen Austauschs und speziell der Auslandsinvestitionen. Die Rolle der USA kehrte sich dabei regelrecht um. Allein ihre politisch-militärische Machtposition ermöglichte es den USA, bei Aufrechterhaltung des Dollar als

internationale Leitwährung, zum Hauptschuldner und größten Empfänger von ausländischen Investitionen zu werden. Trotz der in verschiedenen Fällen gelungenen Industrialisierung bzw. Teilindustrialisierung einzelner Länder und der damit verbundenen Urbanisierung und Modernisierung blieb der Nord-Süd-Gegensatz im Hinblick auf die durchschnittliche Einkommenslage unverändert dramatisch groß.

In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre setzte diejenige Stufe der „Globalisierung“ ein, mit der wir es derzeit zu tun haben. Sie erhielt um 1990 einen weiteren kräftigen Schub. Schon länger ablaufende Prozesse, namentlich die Ausweitung und Verdichtung der internationalen Handelsbeziehungen, setzten sich fort und beschleunigten sich. Der Welthandel nahm in den 1990er-Jahren doppelt so stark zu wie die Weltproduktion. Noch erheblich schneller wuchs die Summe der Direktinvestitionen im jeweiligen Ausland. Multinationale Konzerne, die es schon seit dem späten 19. Jahrhundert gab, entwickelten sich zu gewaltigen transnationalen Einheiten, die mit ihren Strategien zunehmend die Formen des internationalen Handels und der Investitionen bestimmten und die weltweit günstigsten Produktionsbedingungen nutzten. Damit forcierten sie den „Standortwettbewerb“ der politischen Einheiten mit der Tendenz, sich im Hinblick auf Steuern, Löhne bzw. Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen gegenseitig zu unterbieten.

Die neuen bzw. modernisierten Technologien im Kommunikations-, Informations- und Transportwesen, namentlich das Internet und die Satellitenkommunikation, waren und sind entscheidende Voraussetzungen für die Beschleunigung des Globalisierungsprozesses. Das gilt im besonderen Maß für die Finanzmärkte: für den Handel mit Wertpapieren, für Geld- und Devisengeschäfte sowie für Kredite, bei denen inzwischen ein beinahe grenzloser und kaum regulierter Kapitalverkehr stattfindet. Durch die globale Orientierung der führenden Banken und durch prozedurale Erleichterungen im internationalen Kreditgeschäft (Vergabe und Vermittlung) können dort spekulativ astronomische Summen verdient werden. Die Akkumulation wird zunehmend von Finanzkonglomeraten (Investment- und Versicherungsfonds) betrieben, die im erbitterten Wettbewerb die kurzfristigen Profitinteressen der „Shareholder“ des Finanzkapitals – anstelle der jahrzehntelang dominierenden, längerfristiger planenden „Stakeholder“ des Industriekapitals – realisieren. Dabei löst sich das spekulative Kapital tendenziell vom realen Kapital ab. Finanzmarktkapitalismus bedeutet zudem eine schleichende Verschiebung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse sowie der politisch-gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten des großen Kapitals.

Gegenüber einer weit verbreiteten Annahme, der zufolge der Durchbruch des Neoliberalismus als total anzusehen ist – wo ein ausgeprägter Wohlfahrtsstaat bestand wie in Nordeuropa, sei von diesem nur noch eine Fassade übrig geblieben –, betont die Forschungsrichtung der „Varieties of Capitalism“⁷ die Unterschiedlichkeit der bis in die 70er- und 80er-Jahre des vorigen Jahrhunderts ausgeformten Typen, die auch unter den veränderten Bedingungen ihre Bedeutung nicht verlören. Den beiden, in sich wiederum differenzierten, historisch und sozio-kulturell verankerten Haupttypen entsprechen verschiedene Reaktionsweisen auf den Finanzmarktkapitalismus, der das tradierte Set von Institutionen und Verhaltensweisen nicht einfach zerstöre, sondern überlagere: In der „liberalen Marktwirtschaft“, in erster Linie in allen angelsächsischen Ländern, erfolgt die Hauptkoordination der wirtschaftlichen Entscheidungen in der Konkurrenz der verschiedenen Akteure rein marktförmig, und viele Unternehmen sind hauptsächlich am Kapitalmarkt orientiert. In der Regel ist das mit einer schwachen Rolle der Gewerkschaften wie auch der Unternehmerverbände verbunden. Hingegen ist die „koordinierte Marktwirtschaft“ in Nord-, dem deutschsprachigen Mittel- und dem kontinentalen Westeuropa sowie in Japan durch korporatistische Regulationsstrukturen (entweder die Kooperation von Unternehmern und Gewerkschaften allein betreffend oder zusätzlich den Staat einschließend), starke Gewerkschaften und überbetriebliche Lohnabschlüsse, meist auf Branchenebene, sowie eine Vernetzung der Unternehmen mit öffentlichen Forschungseinrichtungen gekennzeichnet. Gegenüber der Massenproduktion mit häufigen Arbeitsplatzwechseln der Beschäftigten bleibt für den zweiten Typ eine diversifizierte Qualitätsproduktion durch qualifizierte Stammebelegschaften in höherem Maß weiterhin typisch. Dementsprechend unterscheidet sich auch das Bildungswesen: Allgemeinwissen bzw. -fertigkeiten versus stärkere berufliche Fachausbildung.

Obwohl ein mehr oder weniger einschneidender Rückbau des Wohlfahrtsstaats auch in den Ländern des Kapitalismustyps der koordinierten Marktwirtschaft zu konstatieren ist, konnten doch die meisten Errungenschaften der ersten Nachkriegsjahrzehnte bisher bewahrt werden. Namentlich das (reduzierte) nordeuropäische Modell mit dem Schwergewicht auf der Steuerfinanzierung der Sozialsysteme und dem Primat der

7 Siehe Peter A. Hall/David Soskice (Hrsg.): *Varieties of Capitalism, The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford 2001; Martin Powell/Martin Hewitt: *Welfare State and Welfare Change*, Buckingham 2002; Thomas Meyer: *Theorie der Sozialen Demokratie*, Wiesbaden 2005; Ders.: *Praxis der Sozialen Demokratie*, Wiesbaden 2006.

Finanzierung gemeinschaftlicher Einrichtungen gegenüber individuellen Zahlungen konnte sich auch ökonomisch erfolgreich behaupten. Die empirische sozialwissenschaftliche Forschung hat jedenfalls die pauschale These von der alles zerstörenden Dampfwalze des globalisierten Neoliberalismus nicht bestätigt und mahnt uns, die in der Regel damit angesprochenen Vorgänge der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, der Reallohnverluste und der Erosion des Sozialstaats eher als Tendenzen zu begreifen, die im Einzelfall in recht unterschiedlichem Maß zum Tragen kommen können.

Auflösung der Arbeiterklasse?

Die innere Heterogenität der Kategorie der Lohnabhängigen ist keine neue Erscheinung. Vielmehr lässt sich ein ständiger Wechsel von Abbau und Aufbau neuer Binnendifferenzierungen beobachten: zwischen den Geschlechtern, den Qualifikationsstufen und den Branchen. Allerdings überwogen in den Jahrzehnten vor und um 1900 in den hoch entwickelten Ländern die Vereinheitlichungstendenzen, auch bei Berücksichtigung der gesamten Lebenswelt der Betroffenen: der Wohnsituation, damit auch des spezifischen proletarischen Milieus, und der Ausbreitung der Arbeiterbewegung in allen ihren Erscheinungsformen. Auch wenn niemals und nirgendwo, auch nicht annähernd, die Mehrheit der Arbeiter fest eingebunden war, ergab sich in einigen Ländern Europas (namentlich in Deutschland durch die politische Ausgrenzung bis 1914/18) eine Art „wirtschaftliche, soziale und politische Dreifaltigkeit von Arbeiterklasse, Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur“.⁸ Schon in der Zwischenkriegszeit begann sich diese mehr oder weniger enge Verbindung aufzulösen: Politische bzw. sozialpolitische Integrationsbestrebungen, auch auf kommunaler Ebene, wurden von einer beginnenden Desintegration des proletarischen Milieus begleitet. Doch erst nach dem Zweiten Weltkrieg, mit dem westeuropäischen Wirtschafts- und Konsumwunder, konnten diese Ansätze voll wirksam werden, wiederum (wegen der mit Krieg und Nachkrieg besonders schweren sozialen Verwerfungen) am deutlichsten in Deutschland (West), wo man seit den späten 1950er-Jahren vom Ende der proletarischen Notkultur sprechen kann.

Die Anhebung des Lebensstandards der Handarbeiterschaft bedeutete noch nicht die Abstreifung aller mit körperlicher Leistung, Geschicklich-

⁸ Klaus Tenfelde: Ende der Arbeiterkultur: Das Echo auf eine These, in: Wolfgang Kaschuba u.a. (Hrsg.): Arbeiterkultur seit 1945 – Ende oder Veränderung?, Tübingen 1991, S.28.

keit und produktiver Tätigkeit verbundenen spezifischen Identitätsmerkmale. Doch dominierte die Tendenz zur Herausbildung einer breiten, relativ nivellierten „Arbeitnehmer“-Klasse, also zu einer beidseitigen Annäherung des Rechts- und Sozialstatus von, zumal qualifizierten, Arbeitern einerseits, den einfachen Angestellten und sogar der Mehrzahl der Beamten andererseits, und zwar eher zum Angestelltenstatus hin. Im Hinblick auf die Wohnstandards, die familiäre Struktur und das Konsumverhalten vollzog sich zwischen den 1960er- und den 1980er-Jahren eine weitgehende Angleichung der Masse der Arbeitnehmer, begleitet von der Zunahme übergreifender Kommunikation. Die quantitative Reduzierung der Arbeit im Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensrhythmus bestärkte die in der expandierenden Freizeitkultur angelegte Tendenz zu einer auch qualitativen Zurückstufung der Arbeit und des Arbeitslebens für das Selbstverständnis und das Selbstwertgefühl des Einzelnen, für den die Eigenschaft des Konsumenten zunehmend neben, wenn nicht vor die des Produzenten trat.

Global gesehen, ist die Arbeiterklasse „an sich“ im weiteren wie im engeren (industrie-proletarischen) Sinn in den vergangenen Jahrzehnten weiter gewachsen und tut dieses fortwährend, sowohl absolut als auch relativ: Die Zahl der abhängig Arbeitenden hat sich seit 1970 weltweit ungefähr verdoppelt; sie umfasst heute etwa die Hälfte der erwerbsfähigen Weltbevölkerung. In den hoch entwickelten Ländern sind inzwischen mehr als 90 Prozent der Erwerbstätigen abhängig beschäftigt, während der Anteil der Industriearbeiter auf nicht viel mehr als ein Viertel gesunken ist. Neben dem umgekehrt proportionalen Wachstum des kommerzialisierten Dienstleistungssektors (der privaten wie der öffentlichen Dienste) auf über zwei Drittel ist ferner, damit verbunden, eine Erhöhung der weiblichen Beschäftigungsquote auf inzwischen deutlich über 40 Prozent im europäischen Durchschnitt feststellbar. Generell haben Tätigkeiten stark zugenommen, die sich mit Verwaltung, Kauf und Verkauf, Marketing, Medien, Consulting und Supervision beschäftigen.

Tertiarisierung muss keine höhere Qualifikations- und Stausebene enthalten und tut das de facto in der Mehrzahl der Fälle auch nicht. Die Zahl der niedrig entlohnten Dienstleister (von Wachdiensten über Pflegeberufe und Reinigungskräfte bis zu Sekretariatsbeschäftigten) wächst schneller als die der gut bezahlten Angestellten mit disponierender Tätigkeit.

Auch die Industriearbeit ist von der Polarisierung innerhalb der Großgruppe der abhängig Beschäftigten betroffen. Weitgehend haben die Unternehmen die arbeitsintensiven Produktionsstufen in die südliche Hemisphäre verlagert. In der Mikroelektronik, die in den letzten Jahrzehnten

durch die Computerisierung zu einer Art Leitindustrie geworden ist, verbleiben bei den Hochlohnländern im Wesentlichen die Forschung, Entwicklung und Management betreffenden Arbeitsplätze. Die Belegschaften anderer Industrien setzen sich noch stärker aus traditionellen Facharbeitern und Angelernten zusammen, doch generell ändert sich die Arbeit durch die Einführung neuer Technologien. Die geringere Zahl der Beschäftigten ist mehr mit der Entwicklung, Einrichtung und Überwachung automatisierter Anlagen beschäftigt, wobei keineswegs alle diese neuen Tätigkeiten kreativ und hoch bezahlt sind. Die systembedingt flacheren Unternehmenshierarchien und das größere Maß an Selbstverantwortung bedeutet für die betreffenden Arbeitnehmer durchaus eine Verbesserung, auch wenn die Internalisierung des Kapitalverwertungsinteresses Elemente von Selbstausbeutung einschließt.

In fast allen europäischen Ländern ging diese letzte, große und anhaltende Veränderung der Arbeitswelt einher mit einem deutlichen Ansteigen der Arbeitslosigkeit seit den 1970er-Jahren, die vielerorts besonders Frauen und Jugendliche erfasst. Dazu kommt die Zunahme zeitlich befristeter bzw. ungesicherter Arbeitsverhältnisse (einschließlich kleinst- und schein-selbstständiger Existenzen), in unterschiedlichem Maß begünstigt durch die Deregulierung des Arbeitsmarkts.

Der Trend zu einer gewissen Verringerung der Vermögens- und Einkommensunterschiede im 20. Jahrhundert (nördliche Halbkugel) hat sich inzwischen umgekehrt, und die (bereinigten) Lohnquoten sind kleiner geworden. Neue Formen von Armut bei längerfristig Arbeitslosen, Alleinerziehenden und Immigranten bis hin zu Drogenabhängigen und Kleinkriminellen haben sich mehr als marginal etabliert. Weit überproportional haben Migranten und ihre Familien, samt Flüchtlingen, die seit 1990 zunehmend auch in das östliche Mitteleuropa und in die südeuropäische Peripherie einwandern, industrieproletarische Arbeitsverhältnisse, soweit es sie im alten Sinn noch gibt, inne. Das betrifft ebenso die unteren Dienstleistungen und die Erwerbslosigkeit. In gewisser Weise hat eine ethnische Unterschichtung der europäischen Arbeiterschaft stattgefunden.

Eine oftmals unterschätzte Komponente des sozialen Wandels ist andererseits die seit der Mitte des 20. Jahrhunderts anhaltende Bildungsexpansion, ausgehend von einer Situation, bei der die überwältigende Mehrheit in den höchstentwickelten Ländern nicht mehr als eine Elementarschulbildung besaß und in der europäischen Peripherie noch ein zahlenmäßig relevanter Analphabetismus existierte. Gegen Ende des Jahrhunderts besuchten im Norden des Globus fast alle Menschen irgendeine Art von

weiterführender Schule und in Europa über zwei Fünftel der 20- bis 24-Jährigen eine Hochschule. 1950 waren es dort lediglich vier Prozent gewesen. (Im Süden, in den ärmeren Ländern, ist der Analphabetismus nicht überwunden, allerdings deutlich reduziert, und immerhin rund die Hälfte der entsprechenden Jahrgänge besucht eine weiterführende Schule.) Diese den veränderten Anforderungen des Arbeitsmarkts sowie veränderten gesellschaftlichen Zielvorstellungen geschuldete quantitative und soziale Ausdehnung der Schul- und Hochschulbildung bedeutet, namentlich in Deutschland, bekanntlich nicht, dass der Zusammenhang von Herkunft und Bildungs-, damit auch Berufschancen aufgehoben worden wäre. Die Karrieremobilität zwischen verschiedenen Segmenten der sozialen Hierarchie nimmt (nicht nur dort) eher ab, während die Karrieremobilität zwischen Berufsfeldern und Arbeitsbereichen gestiegen ist.

Aus alledem ergibt sich, dass auf nationaler wie auf globaler Ebene soziale Ungleichheit nicht nur weiter besteht, sondern größer wird. Auch wenn die Gesellschaftsstruktur, und namentlich die innere Struktur der Arbeitnehmerschaft, in der nördlichen Hemisphäre komplizierter, die Industriearbeiterschaft minoritär geworden ist und weiter schrumpft, bestimmt die Stellung im Produktions- bzw. Arbeitsprozess nach wie vor über den sozialen Ort des Einzelnen und gegebenenfalls seiner nicht berufstätigen Angehörigen. Die heute stark betonten, individualisierten Lebensstile und (neuen) Milieus können sich nicht vollständig von den objektiven Existenzbedingungen abkoppeln. Sie bleiben, neben anderen Gesichtspunkten wie dem Alter, von Vermögen, Einkommen und Bildung abhängig. Die alten, industriegesellschaftlichen Milieus lösen sich offenbar nicht einfach auf, sondern finden ihre Fortsetzung in neuen, der Dienstleistungsgesellschaft entsprechenden, „moderneren“.

Zugenommen haben zweifellos widersprüchliche Klassenlagen, etwa wenn ein nichtprivilegierter Arbeitnehmer in erheblichem Umfang über Wohnungseigentum oder Aktien verfügt oder wenn die Stellung einer Person im Arbeitsprozess selbst ambivalent ist, sie zwar formell lohnabhängig ist, aber sich durch die Einkommenshöhe und den Platz in der betrieblichen Hierarchie in einer mittleren Lage zwischen Kapital und Arbeit befindet. Zudem werden seit Pierre Bourdieu auch kulturelle und soziale Merkmale außerhalb des sozioökonomischen Hauptmerkmals stärker betrachtet, um die jeweilige Klassenlage zu bestimmen. Bourdieus (ursprünglich Max Webers) Begriff des „Habitus“ bezieht sich auf soziale Bedeutungen, die sich in je spezifischen Geschmacks- und Bewertungsschemata ausdrücken und gewissermaßen zwischen dem Lebensstil und

der Klassenzugehörigkeit die Verbindung herstellen.⁹ Dabei scheint es so, als wäre in den unteren sozialen Segmenten der Habitus stärker auf praktischen Nutzen als auf äußeren Schein gerichtet.

Die internationale Arbeiterbewegung: von Nord nach Süd

Die Lohnarbeiterklasse mit dem Industrieproletariat als Kern war von Anfang an in hohem Maß Ergebnis auch der globalen kapitalistischen Entwicklung. Das Phänomen etwa der „Ruhrpolen“, die seit den 1880er-Jahren aus dem preußischen Osten in das neue schwerindustrielle Zentrum Westdeutschlands wanderten – Entsprechungen gab es in anderen Ländern –, wurde in den Schatten gestellt von Gruppen wie den chinesischen Vertragsarbeitern, die in den Zinnminen des britischen Malaya, dirigiert von europäischen Ingenieuren und Managern, für den Export förderten, und von der ethnisch gemischten, aus den immer neuen Wellen der Zuwanderung aus Europa rekrutierten Industriegesellschaft der USA. Auch wenn die Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung lange vor allem von Handwerksgesellen und traditionellen Facharbeitern getragen wurden und naturgemäß im nationalstaatlichen Rahmen agierten, verstanden diese schon früh die globale Dimension ihrer Existenz und formulierten eine internationale Zielsetzung (international, nicht anti- oder anational!). Man kann die Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung auch als Geschichte ihrer internationalen Zusammenschlüsse schreiben: der Internationalen Arbeiter-Assoziation von 1864, der Sozialistischen Arbeiterinternationale von 1889, erneuert 1919/23 und – unter dem Namen Sozialistische Internationale – dann wieder 1951, sowie der Kommunistischen Internationale (1919-1943) und des Kommunistischen Informationsbüros (1947-1956), dazu kommen als die entsprechenden übernationalen gewerkschaftlichen Dachverbände der Internationale Gewerkschaftsbund (1901-1945) und die Rote Gewerkschaftsinternationale (1921-1937), nach 1945 der Weltgewerkschaftsbund (ab 1945) und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (1949-2006), jetzt vereinigt mit dem Weltverband der Arbeitnehmer, davor Internationaler Bund Christlicher Gewerkschaften (1920-2006) sowie, weniger bedeutend, eine Reihe von syndikalistischen, anarchistischen, trotzkistischen usw. Gruppierungen.

Bis zum Ersten Weltkrieg war die parteipolitisch-sozialistische Arbeiterbewegung weitgehend (unter Einschluss der britischen „weißen“ Kolo-

9 Siehe Pierre Bourdieu: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S.183-198.

nien) eine europäische bzw. die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung eine weitgehend europäisch-nordamerikanische Angelegenheit. Der Krieg befeuerte dann auch die nationalen Emanzipationsbestrebungen und sozialen Proteste in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, sodass der große internationale Aufschwung der (reformerischen wie radikalen) Arbeiterbewegung und der Arbeiterkämpfe von 1917 bis 1920 nicht auf die nördliche Hemisphäre beschränkt blieb. Noch stärker wirkte diesbezüglich der Zweite Weltkrieg beschleunigend und antreibend auf die Arbeiterbewegung wie generell auf die Nationalbewegungen des Südens. Der Ausgang des Krieges, die Besiegung der extremen Welt-Konterrevolution des Faschismus, löste, wie schon 1919/20 und diesmal mit weitaus größerer Beteiligung der Kolonien bzw. der südlichen Länder, in den Jahren 1946 und 1947 eine Riesenwelle von Arbeiterkämpfen aus. Schon während des Krieges war offensichtlich, dass die sozialen und nationalrevolutionären Konflikte des Südens nicht in der Bündnislogik der „Anti-Hitler-Koalition“ aufgingen.

In etwas anderer Weise gilt das auch für die hoch entwickelten Länder, einschließlich der westlichen Siegermächte, die von der antifaschistischen radikal-demokratischen und antimonopolkapitalistischen Massenstimmung nach 1944/45 mit ergriffen wurden. Das Symbol dieses Umschwungs war der Wahlsieg der britischen Labour-Party – gegen den Triumphtor Churchill – im Juli 1945. In den USA, wo sozialistische Positionen auch jetzt marginal blieben, trat eine breite Volksbewegung für die schnellstmögliche Rückführung der amerikanischen Truppen („Bring Our Boys Home Now!“) in Erscheinung. Für Westeuropa ist anzumerken, dass in den integrativ angelegten gesellschaftsreformerischen Umbaukonzepten der Sozialdemokraten wie der Kommunisten einschließlich der jeweils verbündeten Gewerkschaften für spontanen Protest und Arbeiterkämpfe des klassischen Typs eigentlich wenig Platz war. Das änderte sich namentlich seitens der Kommunisten mit dem Bruch des alliierten Kriegsbündnisses und in dessen Gefolge der Auflösung der umfassenden innerstaatlichen Wiederaufbau-Koalitionen seit Herbst 1947.

Angesichts der eindeutigen geografischen Schwerpunktbildung der Arbeiterbewegung im 19. und im größten Teil des 20. Jahrhunderts (und der sie untersuchenden Wissenschaftler) kann es nicht verwundern, dass die entsprechende Historiografie eine eurozentrische Perspektive entwickelt hat (den Autor dieses Beitrags eingeschlossen) und ihr bis heute überwiegend folgt, meist verbunden mit einem entsprechenden methodologischen Zugang. Deshalb verdienen zwei Forscher besondere Hervorhebung, die während der vergangenen ein bis zwei Jahrzehnte bemüht waren, eine

wirklich globale Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte zu rekonstruieren, seit etwa den mittleren 90er-Jahren forciert durch die Formierung von Netzwerken der in den Ländern des Südens tätigen Historiker und Sozialwissenschaftler: Marcel van der Linden und Beverly J. Silvers.

Der Grundgedanke ist unmittelbar plausibel: Spätestens seit der Globalisierungswelle der Jahrzehnte vor 1914 kann die Geschichte der Arbeiter, in deren Produktionszyklen die Arbeiterklasse (und die Arbeiterbewegung) fortwährend neu erzeugt und erneuert worden ist, nur noch als ein globaler Vorgang verstanden werden. Für Marcel van der Linden, den langjährigen Forschungsdirektor des Amsterdamer Instituts für Sozialgeschichte, der diesen Ansatz dezidiert auch auf frühere Epochen angewandt haben möchte, bedeutet das erstens, stets eine konsequent nicht nur transnationale, sondern auch transkontinentale Perspektive einzunehmen, jedes noch so kleine Ereignis in seinen internationalen Zusammenhang zu stellen.

Zweitens hebt van der Linden auf einen erweiterten Begriff der abhängigen Arbeit ab. Die Reinform der freien Lohnarbeit wird nur als eine Variante der Aneignung des Mehrwerts im Kapitalismus begriffen und würde in der südlichen Hemisphäre bis heute von Formen unfreier bzw. halbfreier sowie formell selbstständiger Arbeit und zahlreichen Mischformen ergänzt. Auch die in den Ländern des Südens umfangreiche subproletarische Schicht, das „Lumpenproletariat“, gehört dann zum Untersuchungsgegenstand der Geschichte der „Klasse subalternen Arbeiter“. Ohne eine dermaßen erweiterte Kategorie abhängiger Arbeit bleibe die große Masse des Weltproletariats außer Betracht, von dem auch heute nur einige Prozente in den im Internationalen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Verbänden und Zentralorganisationen organisiert sind.¹⁰

Während van der Linden eine facettenreiche Problematisierung anbietet, enthalten die Arbeiten der amerikanischen Soziologin Beverly Silver aus dem Kreis der „World Labor Group“ eine eigene Theorie, die, anknüpfend an frühere Studien der Autorin, in der 2003 bzw. 2005 veröffentlichten Monografie „Forces of Labor“ dargelegt wird.¹¹ Die empirische Grundlage liefert eine Datenbank, in der sämtliche Arbeiterunruhen (Streiks, Boykotte, Demonstrationen, Aufstände usw.) von 1870 bis 1996 nach einheitlichen Kriterien gemäß der Berichterstattung in der Londoner

10 Siehe Marcel van der Linden: *Workers of the World. Essays toward a Global Labor History*, Leiden-Boston 2008; Ders.: *Transnational Labour History. Explorations*, Aldershot 2003.

11 Siehe Beverly J. Silver: *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin-Hamburg 2005.

„Times“ und der „New York Times“ enthalten sind. Auch wenn gegen die Materialbasis Einwände bezüglich der Vollständigkeit naheliegen, scheinen die daraus gewonnenen Erkenntnisse, was die quantitative, lokale und sektorale Zuordnung betrifft, in den Grundzügen verlässlich zu sein.

Beverly Silvers Deutung stimmt insofern mit dem theoretischen Ansatz des „Operaismus“ italienischen Ursprungs der 1960er-Jahre überein, als sie statt der Eigengesetzlichkeit der Kapitalakkumulation die Widersprüchlichkeit der Gesellschaft im Sinne einer ständigen klassenkämpferischen Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital als Triebkraft der Kapitalbewegung selbst (mit den entsprechenden Umwälzungen in der Produktion im Gefolge) betont. Die Beziehung der beiden Antagonisten folge einer bestimmten Logik. Abhängig von unterschiedlichen Faktoren wie dem Produktionszyklus und dem internationalen Staatensystem und angetrieben vom stets wiederkehrenden Arbeiterwiderstand suchte die Kapitaleseite die Profitmaximierung und -optimierung durch bestimmte „fixes“ zu sichern: geografisch in Regionen mit billigerer Arbeitskraft und fügsameren Arbeitern, technologisch bzw. organisatorisch durch die Veränderungen der Arbeitsprozesse, produktbezogen durch die Verlagerung der Investitionen in andere Branchen bzw. Produktlinien, finanziell durch die Verlagerung des Kapitals aus Produktion und Handel in den Geldverleih und in die Spekulation.

Nachweislich entfalteten sich die internationalen Streikwellen hauptsächlich an den Wendepunkten der großen Konjunkturzyklen (Kondratieff-Zyklen) in den 1870er-Jahren, im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts und 1968 bis 1974 bzw. – auf dem Weg nach oben – in den früheren 1890er-, den späten 1930er- und frühen 1940er-Jahren sowie in den Jahren 1946/47. Vor allem in diesen Phasen kollidierte das Bestreben der Unternehmer, dem sich abzeichnenden Sinken der Profite entgegenzuwirken bzw. schnell wieder zu einer günstigeren Profitsituation zu kommen, mit dem Widerstand der Arbeiter bzw. den verbesserten Kampfbedingungen für sie. Eine weitere wichtige Unterscheidung wird zwischen der Organisationsmacht und der strukturellen Macht der Arbeiter getroffen, wobei von der Marktmacht die Produktionsmacht, der spezifische Ort im Produktionsprozess und die sich daraus ergebenden Eingriffsmöglichkeiten, abgehoben werden.

Neben den Textilarbeitern im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert nimmt Beverly Silver schwerpunktartig die Automobilarbeiter in den Blick, die Arbeiter der „Industrie der Industrien“ während mindestens eines halben Jahrhunderts. Sie kann zeigen, wie die geografisch wechseln-

de Neuansiedlung jeweils sehr ähnliche Aktionen der Beschäftigten, meist angelernten in- oder ausländischen Migranten der zweiten Generation, hervorbrachte, beginnend in den USA während der Zwischenkriegszeit und der 1940er-Jahre, fortschreitend über Europa während der 1950er- bis 1970er-Jahre (zuerst Nordwest-, dann Süd- und Südwesteuropa), schließlich die Schwellenländer der südlichen Hemisphäre (1970er- bis 1990er-Jahre) erreichend. Charakteristisch waren punktuelle, rollierende und plötzlich einsetzende Spontanstreiks, die oft erst nachträglich in der Stärkung, Neugründung oder Erneuerung der Gewerkschaft resultierten und aufgrund der Produktionsmacht der Arbeiter in den mechanisierten Mammutbetrieben der Automobilindustrie insgesamt sehr erfolgreich verliefen. Wo das Kapital abwanderte, wurde die Arbeiterbewegung, teilweise dramatisch, geschwächt, aber an den jeweils neuen Standorten bildeten sich wiederum kämpferische Belegschaften an strategischen Plätzen. „Wohin das Kapital auch geht, die Konflikte gehen mit.“¹²

Als Gesamtanalyse eines globalgeschichtlichen Vorgangs vermag das zu überzeugen, aber – wie die Autorin selbst unterstreicht – die südeuropäischen Automobilarbeiter haben einen deutlich höheren Grad an Militanz gezeigt als die nordwesteuropäischen. Ihre Kämpfe waren explosiver und hatten eine größere gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Legendär geworden ist der italienische Heiße Herbst des Jahres 1969, als die FIAT-Arbeiter – neben ganz erheblichen Lohnerhöhungen – auf Betriebs- und Abteilungsebene zeitweise auch eine Art Produktionskontrolle durchsetzen konnten. Da diese Rechte nicht gesetzlich abgesichert waren, konnten sie bei Änderung der Kräfteverhältnisse problemlos wieder kassiert werden. Als problematisch hatte sich auf dem Höhepunkt der Streikwelle in Italien die Vielzahl von arbeiterbewegungsinternen, auch immer betrieblichen Konflikten zwischen Qualifizierten und An- bzw. Ungelernten, unterschiedlichen Generationen sowie (weltanschaulich-politisch ohnehin gespaltenen) Gewerkschaften und den linksradikalen Gruppen (mit zeitweise beträchtlichem Einfluss) herausgestellt, wie man sie auch andernorts beobachten konnte. In Deutschland waren die „wilden“ Streiks im Jahr 1973 unter maßgeblicher Beteiligung der Automobilindustrie insbesondere in den letzten Tagen von teilweise körperlichen Auseinandersetzungen zwischen (ausländischen, meist türkischen) An- und Ungelernten einerseits, deutschen Facharbeitern und Betriebsräten andererseits begleitet (anders als 1969, als die Arbeitsniederlegungen in großer Einmütigkeit vor sich gegangen waren).

12 Ebenda, S.64.

Inzwischen hat sich das Epizentrum der Arbeiterkämpfe längst in die südliche Hemisphäre verschoben. Die Hauptzentren lagen während der vergangenen dreieinhalb Jahrzehnte dort, wo bereits ein größeres Industrieproletariat konzentriert war. In Südafrika existierte, neben einer rassenübergreifenden, inklusiven Arbeiterbewegung, aufgrund der Eigenart der südafrikanischen Gesellschaft schon seit dem frühen 20. Jahrhundert eine rein weiße Arbeiterbewegung, die bisweilen mit äußerst militanten Mitteln für die berufliche Rassentrennung eintrat. Die die gehobenen Segmente der Handarbeiterschaft lange monopolisierenden weißen Gewerkschaften gehörten viele Jahrzehnte zu den Unterstützern einer unnachgiebigen Politik gegenüber Schwarzen. Im betrieblichen Arbeitsrecht erwiesen sich die rassenspezifischen Regelungen aber zunehmend als dysfunktional und wurden sukzessive beseitigt, als in den 1980er-Jahren die neoliberale Umstrukturierung der südafrikanischen Wirtschaft mit vorsichtigen Öffnungsversuchen des Apartheid-Regimes kombiniert wurde. Inzwischen hatte sich eine ganz überwiegend schwarze Arbeiterbewegung neu konstituiert, getragen von einer neuen Generation, die im Schülerstreik von Soweto und den Generalstreiks 1976/77 in die Arena getreten war. Die anfangs illegalen, doch bei Lohnkämpfen oft erfolgreichen schwarzen Gewerkschaften mussten nach einer mächtigen Streikwelle 1979 staatlich anerkannt werden. 1985 schlossen sich mehrere Bünde und Einzelgewerkschaften zum Südafrikanischen Gewerkschaftskongress COSATU zusammen, der, verbunden mit dem ANC, zur führenden Kraft in der Befreiungsbewegung der Schwarzen wurde. Noch unter dem alten Regime konnten Konsultationsrechte unabhängiger betrieblicher Vertrauensleute bei wichtigen Vorstandsentscheidungen durchgesetzt werden. Im Zuge der inneren Differenzierung des ANC nach der Beseitigung der Apartheid und in Reaktion auf die kaum verhüllt neoliberale Wirtschaftspolitik von deren Führung bildet COSATU den kapitalismuskritischen Pol.

Die kapitalistische Entwicklung des seit bald 200 Jahren formal selbstständigen, aber darüber hinaus von den kolonialen Strukturen geprägten Lateinamerika hat ihren abhängigen Charakter bis ins letzte Viertel des 20. Jahrhunderts und überwiegend bis heute nicht abstreifen können. Die spezifische Sozialstruktur und politische Kultur verliehen auch dem Verfassungsstaat sein fragiles und teilweise fiktives Antlitz, was sich erst in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten unter dem Einfluss der Arbeiter- und Volksbewegungen zu ändern scheint. Wirkliche Massenbewegungen von Minen- und Industriearbeitern verdankten ihre Entstehung in mehreren Fällen den populistischen Projekten volkstümlicher Caudillos,

die sich nicht zuletzt auf die Arbeiterschaft stützten und teilweise erst die Voraussetzungen für deren legale Organisierung schufen. Das bekannteste und am nachhaltigsten wirkende Beispiel ist der Peronismus in Argentinien. Mit großen Unterschieden zwischen den Ländern blieb die Industrialisierung Lateinamerikas bis in die 1970er-Jahre sektoral beschränkt, wobei neben dem Textilgewerbe hauptsächlich Bergbau und Energie in Betracht kamen.

Ungefähr gleichzeitig mit dem der südafrikanischen Arbeiter ist der Aufbruch der brasilianischen Arbeiterschaft mit dem Kern der Metall- und Automobilarbeiter in der Großregion um São Paulo anzusetzen, wo während des „Wirtschaftswunders“ der Jahre um und nach 1970 unter dem Militärregime (1964-1985) aus inländischen Migranten neue proletarische Schichten rekrutiert worden waren (Verdoppelung der Beschäftigungszahlen in der verarbeitenden Industrie Brasiliens während der 1970er-Jahre). Die massiven Streiks der Jahre 1978-1980, die von einer in den Betrieben entstandenen breiten Vorhut angeführt wurden, hatten nicht nur die Anerkennung unabhängiger Gewerkschaften und beträchtliche Lohnerhöhungen zur Folge. Sie wurden auch massiv von großen Teilen der nicht beteiligten Bevölkerung unterstützt, die des herrschenden Autoritarismus zunehmend überdrüssig war. Das zu diesem gehörige eigene, korporativ ausgerichtete Gewerkschaftssystem wurde nun gesprengt. 1983, drei Jahre nach der Gründung der Arbeiterpartei PT, wurde der neue Gewerkschaftsbund CUT als eine dezidiert antikapitalistische und basisdemokratisch ausgerichtete Formation gebildet. Die mit CUT verbündete PT verstand sich nicht allein als Wahlverein, sondern sah auch Streikunterstützung sowie Organisierung sozialer Proteste als ihre Aufgabe an und fungierte auch so. Nachdem die Streikwelle des Jahres 1987 mit neun Millionen Beteiligten materiell sehr erfolgreich verlaufen war, verpasste der spätere Präsident Luiz Inácio Lula da Silva (2003-2011) schon 1989 nur knapp den Sieg.

CUT und PT behaupteten sich im Übergang zum Neoliberalismus Anfang der 90er-Jahre relativ gut, doch mäßigte der Gewerkschaftsbund seinen – jetzt stärker kooperativen – Kurs, auch im Hinblick auf eine rechts von ihm angesiedelte gewerkschaftliche Konkurrenzgründung, bewahrte allerdings seine Mobilisierungsfähigkeit. Die Arbeiterpartei, die ihre proletarische Basis von Anbeginn um linke Katholiken, revolutionär-marxistische Gruppen, agrarische und intellektuell-mittelständische Bewegungen erweitert hatte, machte auf der Ebene der kommunalen Selbstverwaltung, dort, wo sie Verantwortung trug, ernst mit ihren radikalen Vorstellungen von Demokratie. Sie bezog die Bevölkerung so weit wie

möglich in Entscheidungsprozesse, etwa hinsichtlich der Budget-Verteilung, ein und unterstützte organisatorisch wie propagandistisch die in den 90er-Jahren expandierende Landlosen-Bewegung. Obwohl der neoliberale Kurswechsel um 1990 unter der Präsidentschaft von Lula nicht einfach zurückgenommen wurde, obwohl die Zahl der Beschäftigten der Autoindustrie, der Massenavantgarde der späten 1970er- und 1980er-Jahre, durch Entlassungen halbiert wurde und Belegschaftsteile in andere Bereiche verlagert wurden, konnte die PT als Partei ihren sozialemanzipatorischen Charakter sowie die Verbindung zu den Massen bewahren. Es gelang in der vergangenen Periode immerhin, die in Brasilien selbst für lateinamerikanische Verhältnisse extreme soziale Ungleichheit deutlich zu reduzieren.

Auch Südkorea gehört in diese Reihe. Auch dort war der Aufschwung der Arbeiterkämpfe, insbesondere der Automobilarbeiter, um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen während der 80er- und 90er-Jahre, der 1987 den Aufbau neuer demokratischer Gewerkschaften nach sich zog, eng mit dem Ringen um die Demokratisierung des Landes während der Endphase der Militärdiktatur (1961-1987) und unter den neuen nachdiktatorischen Verhältnissen verknüpft. Dies erfolgte teils direkt durch den die alte Ordnung destabilisierenden Effekt, teils indirekt, so um die Jahreswende 1996/97, als ein zwanzigtägiger Generalstreik einen Gesetzentwurf zu Fall brachte, mit dem Arbeiterrechte und allgemein demokratische Rechte eingeschränkt werden sollten. Doch wiesen die in zwei Bündeln konkurrierend organisierten Gewerkschaften immer noch einen niedrigen Organisationsgrad auf; sie haben bis heute Schwierigkeiten, sich politisch zu artikulieren.

In China blieben die Arbeiterunruhen bislang im Umfang relativ bescheiden und lokal zersplittert. In besonderem Maß erschwert wird die eigenständige Organisation durch das politische System; es ist aber nicht anzunehmen, dass dieser Zustand noch Jahrzehnte anhalten wird. Die Tradition der in Verbindung mit der nationalen Revolution der 1920er-Jahre besonders frühen und starken Arbeiterbewegung eines gesamtgesellschaftlich sehr kleinen Industrieproletariats war im Weißen Terror Chiang Kai-Sheks schon Ende der 1920er-Jahre gekappt worden, wodurch die Arbeiterbewegung Chinas zu einem Anhängsel von Maos Bauernkrieg geworden war.

In Russland gibt es aktuell Beispiele für lokale bzw. betriebliche unabhängige Arbeiterorganisationen, von ihnen organisierte Streiks und Protestaktionen. Doch fielen die größeren Streiks, die der Bergarbeiter von 1989 und 1991, in die Übergangsphase vom alten zum neuen Regime und haben keine Anknüpfung gefunden. Offenbar wirkt die übernommene Ge-

werkschaftsstruktur lähmend, die mit dem Einschluss sogar der höchsten Manager in die Mitgliedschaft *de facto* deren innerorganisatorisches Übergewicht besiegelt. In der Praxis sind die Gewerkschaften, auf dem Papier durchaus nicht ohne Einfluss, den Betriebsleitungen und der Staatsmacht untergeordnet. Dazu kommt eine offenbar tiefe Demoralisierung der russischen Arbeiterklasse, die sich in einem eklatanten Mangel an Solidarität zeigt, selbst innerhalb desselben Unternehmens. In der späten Sowjetzeit waren die Äußerungsformen der russischen Arbeiter eher Alkoholismus, Bummel und Pusch als kollektive Aktionen gewesen. Die Ansätze, die sich in der Übergangsphase hier und dort entwickelten, kamen in der sozialen Katastrophe der Jel'zin-Ära zum Stillstand.

In Indien, dem – hinter China – sich erhebenden Riesen, bietet mit dem wirtschaftlichen Fortschritt auch die Klassenkampf-Situation ein widersprüchliches, diffuses und lokal sehr unterschiedliches Bild. Auch Indien kennt eine lange, dort nicht abgebrochene, Tradition einer städtischen Arbeiterbewegung. Sie reicht auch dort bis in die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg zurück, als die Nationalbewegung in Gestalt der Kongresspartei begann, ihre großbürgerliche Begrenztheit abzustreifen und sich den Volksmassen zu öffnen. (Entsprechendes geschah seit den 1940er-Jahren in Afrika seitens der dortigen nationalen Befreiungsbewegungen.) Es fehlte den Arbeitern Indiens nicht an Kampfbereitschaft. Der Streik von 240.000 Textilarbeitern in Bombay 1982/83 gehörte mit 18 Monaten zu den längsten Arbeitskämpfen, die jemals ausgefochten worden sind. Vielmehr mangelt es in Indien nach wie vor an einer Nationsbildung im moderneren Sinn, der Gesellschaft und damit der Arbeiterklasse des Subkontinents an sozialer Vereinheitlichung.

Was in Indien wegen der Kasten-Problematik und des Ausmaßes der ethnischen Vielfalt besonders zugespitzt erscheint – entsprechend fragmentiert ist die gewerkschaftliche Landschaft –, findet sich indessen in den meisten Ländern des Südens: Das abgesicherte Normalarbeitsverhältnis, zumal im gelernten Beruf, gilt nur für eine kleine Minderheit der abhängig beschäftigten Bevölkerung. Neben den vielen ganz oder überwiegend Arbeitslosen, die sich in den Slums der unaufhörlich wachsenden Mega-Städte zusammenballen, leben in diesen Regionen Heere von Gelegenheitsarbeitern und halbproletarischen Kümmerexistenzen in den Städten sowie – vielfach immer noch die Mehrheit – von verarmten Kleinbauern und Landlosen in den Dörfern. Auch diejenigen, die nicht mehr auf dem Lande leben, haben vielfach immer noch Verbindung zur Dorfgemeinschaft und kehren notfalls dorthin zurück, um nicht zu verhungern. In scharfem Kontrast zu den vom Weltmarkt geschaffenen hochmodernen

Inseln (die südchinesische Küste, die indische Industriemetropole Bangalore, São Paulo) hält sich ein riesiger marginaler Sektor auf Subsistenz-Niveau, bis hin zu Formen allenfalls halbfreier Arbeit und Schuldknechtschaft, der systemisch bedingt ist. Der abhängige Kapitalismus vermag die halb-, nicht- und vorkapitalistischen Produktionsweisen und Beschäftigungsformen nicht aufzusaugen; sie sind symbiotisch mit ihm verbunden als Teil des kapitalistischen Weltsystems.

Weil in der südlichen Hemisphäre die Klassen stets sehr heterogen zusammengesetzt gewesen sind, Zwischenschichten und andere soziale Kategorien eine anhaltend große Bedeutung besitzen, ist im Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung auch den agrarischen Protestbewegungen ein Augenmerk zu widmen. In Indien, wo die Agrarbewegungen in den 1970er-Jahren einen größeren Umfang annahm, formierte sich in den 1990er-Jahren im Bundesstaat Uttar Pradesh eine Bewegung speziell von Landarbeitern der untersten Kaste. Erstmals in der Geschichte wurde eine Partei der „Unberührbaren“ (in Führung, Mitgliedschaft und Wählern) Bestandteil eines bei Wahlen siegreichen Bündnisses. Auch in ganz Lateinamerika gab es in den vergangenen Jahrzehnten Massenproteste von Landarbeitern und Bauern. Brasilien kann wiederum als herausragendes Beispiel dienen. Dort konstituierte sich, parallel zum Gewerkschaftsbund CUT, die „Agrar-Bewegung der Landlosen“, deren Hauptkampfmittel Besetzungen unbebauten Landes und dessen Bewirtschaftung, teilweise in Genossenschaftsform, waren und sind. Die brasilianische Landbevölkerung ist, was auch für vergleichbare Phänomene in Lateinamerika gilt, keinesfalls von dem städtischen Geschehen und der nationalen Politik isoliert. Vielmehr erfährt sie direkte und indirekte Unterstützung seitens der Gewerkschaften, der Arbeiterpartei und deren staatlicher bzw. kommunaler Amtsträger.

Was bleibt von der Arbeiterbewegung in den Metropolen?

In den hoch entwickelten Ländern war gegen Ende der 1970er-Jahre ein Rückgang der Streikaktivität zu verzeichnen, deutlicher noch ab den späten 1980er-Jahren. Diese Tendenz hat sich im statistischen Durchschnitt bisher nicht wesentlich umgekehrt, wenngleich Gegentendenzen spürbar waren, so in einer kleineren (internationalen) Welle in den Jahren 1994 bis 1997. Die rückläufige Entwicklung ergab sich zunächst aus den oben genannten Veränderungen der Beschäftigtenstruktur. Innerhalb der Handarbeiterschaft wurden namentlich solche Gruppen zahlenmäßig reduziert, die in früheren Zeiten eine hohe Streikbereitschaft gezeigt hatten wie

Bergarbeiter und Transportarbeiter. Ein neuerer Sammelband mit Untersuchungen über 15 Länder im Zeitraum von den 1960er-Jahren bis 2005 zeigt indessen die – auf niedrigerem Niveau – andauernde Persistenz des Streiks wie auch anderer tradierter Kampfformen.¹³ Dabei erhielten seit den 1980er-Jahren Defensiv-Kämpfe gegen drohende Werksschließungen eine wachsende Bedeutung, auch in Deutschland. Dort hatte mit dem Hungerstreik der Kumpel einer Kaligrube im thüringischen Bischofferoode eine der wenigen offenen sozialen Auseinandersetzungen im Zuge der staatlichen Neuvereinigung einen solchen Konflikt zum Gegenstand.

Ein reiner Defensivkampf war auch der 1984/85 über ein Jahr militant, aber von Arthur Scargill letztlich ungeschickt und politisch instinktlos geführte Bergarbeiterstreik in Großbritannien. Wegen der umsichtigen (Hortung großer Kohlebestände) und generalstabsmäßigen Vorbereitung der Sicherheitskräfte durch die Regierung Thatcher, die die Umrüstung auf Atomenergie und die weitgehende Abwicklung des Kohlebergbaus plante, ging die Gewerkschaft in eine kaum zu gewinnende Schlacht. Von der schweren Niederlage, die auch zur Vorgeschichte von New Labour gehört, hat sich die britische Arbeiterbewegung bis heute nicht erholt.

Es gab Anzeichen für eine Wiederbelebung gewerkschaftlicher Aktionsfähigkeit in Europa. Nationale Generalstreiks gegen soziale Verschlechterungen fanden wiederholt statt, allerdings weitgehend beschränkt auf die romanischen Länder bzw. Südeuropa. Soziale Protestwellen erfassten u. a. außerdem Großbritannien (Poll Tax 1989/90) und die Niederlande sowie Belgien (2004). Eine besonders heftige Reaktion auf neoliberale Politik erschütterte im Herbst 1995 Frankreich. Sie richtete sich gegen Pläne der liberal-konservativen Regierung, durch Privatisierungen, den Umbau des Öffentlichen Dienstes, die Einschränkung der Sozialversicherung, Arbeitszeitverlängerungen und weitere Maßnahmen das Land „globalisierungstauglich“ zu machen. Die Unruhen begannen mit einem sich flächenbrandartig ausweitenden Vorlesungsboykott an den Hochschulen, der sich gegen die Schließung nicht wettbewerbsfähiger Universitäten und die schrittweise Einführung von Privatfinanzierung wandte. Der nachfolgende Generalstreik des Öffentlichen Dienstes (einschließlich eines Teils der Versorgungsbetriebe und der Eisenbahn) wurde Umfragen zufolge von der Mehrheit der Franzosen gut geheißt, doch schlossen sich die Beschäftigten der Privatwirtschaft dem Ausstand nicht an, der letztlich mit einem Teilerfolg endete.

13 Siehe Sjaak van der Velden u. a. (Hrsg.): *Strikes around the World, 1968-2005. Case-studies of 15 Countries*, Amsterdam 2007.

Das in Frankreich 1995 sichtbar gewordene Muster scheint in die Richtung zu weisen, in die sich das Schwergewicht von Arbeitskämpfen und organisierter Arbeiterbewegung derzeit verschiebt. Den von der World Labor Group gesammelten Daten zufolge überstieg im Bereich der „zusammengefassten Dienstleistungen“, also der öffentlichen und privaten, der Anteil an Streiks und anderen Protesten in den 1990er-Jahren den der anderen Kategorien.

Die in den betreffenden Berufen Beschäftigten verteilen sich nicht nur auf ein sehr breites Spektrum unselbstständiger Arbeit, sondern die einzelnen Gruppen verfügen auch über unterschiedlich starke Organisations-, Markt- und/oder Produktionsmacht. Auch bei den Kategorien einfacher Arbeiten können Beschäftigte in diesem Sinn mächtig sein bzw. Macht gewinnen, wenn sie nicht ohne Weiteres kurzfristig austauschbar sind bzw. ihre Arbeit nicht umstandslos örtlich verlagert werden kann. So bilden die nur 6.000 Angehörigen der New Yorker Müllabfuhr, die fast vollzählig der „Uniformed Sanitationworkers Association“ angehören, seit den 1930er-Jahren eine vor allem organisationsmächtige Gewerkschaft, die den „Sanitätsarbeitern“ ein ungewöhnlich hohes Lohnniveau garantiert. Diese Organisation zählt allerdings zu dem Typ berufsständisch-selbstbezogener Verbände, die keinerlei Loyalitäts- bzw. Solidaritätspflicht gegenüber anderen Arbeitnehmern kennen.

Abgesehen von den Transportarbeitern sind die privaten Dienstleistungsarbeiter bis heute in geringerem Maß gewerkschaftlich organisiert als die traditionellen Industriearbeiter. Der Öffentliche Dienst konnte, insbesondere in den hoch entwickelten Ländern, seit dem Zweiten Weltkrieg für gewerkschaftliche Organisation erschlossen werden (sofern das gesetzlich gestattet war) und zeigte sich zunehmend streikbereit. Von einem marginalen Rekrutierungsbereich der Gewerkschaften ist der Öffentliche Dienst in den vergangenen Jahrzehnten mancherorts zu einer der Hochburgen geworden. Dort, wo inzwischen privatisierte Dienstleistungen weiterhin vertraglich an die Öffentliche Hand gebunden, die betreffenden Firmen möglicherweise die einzigen Anbieter sind, ergibt sich eine erhebliche strukturelle Macht der Beschäftigten, die in Kombination mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in der Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern ausgenutzt werden kann. Neben der Tertiarisierung bedeutete auch die Feminisierung der Arbeit eine Veränderung des gewerkschaftlichen Einflussbereichs, begleitet von einer Ausweitung des Frauenanteils an Streikaktivitäten. In Südkorea zeigten sich z. B. Textilarbeiterinnen ausgesprochen kämpferisch, und in Großbritannien fochten weibliche Arbeitnehmer mehrfach ungewöhnlich lange Konflikte aus.

Mit der wichtigen Ausnahme mehrerer nordeuropäischer Länder, wo sie nach dem Genter System mit der Verwaltung der Erwerbslosenversicherung befasst sind, verloren die Gewerkschaften in Europa und Nordamerika seit den 1980er-Jahren durchweg Mitglieder, zum Teil in beträchtlichem Umfang – und damit ist auch ihre Verankerung in den Betrieben bzw. Arbeitsstätten schwächer geworden. Im westlichen Teil des Kontinents war Mitte der 1970er-Jahre rund die Hälfte der beschäftigten Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert; inzwischen ist es weniger als ein Drittel. Eklatant war der Mitgliederverlust aufseiten der DGB-Gewerkschaften, wo die Angliederung der ostdeutschen FDGB-Verbände nur vorübergehend einen Zuwachs mit sich brachte. Im Fall der immer noch gewichtigen IG Metall scheint eine positive Wende in der Mitgliederentwicklung eingetreten zu sein.

Im östlichen Europa tun sich Gewerkschaften schwer, überhaupt Fuß zu fassen. Auch wenn die alte Frontstellung zwischen Anhängern und Gegnern des früheren Systems objektiv an Bedeutung verloren hat, gelingt es immer noch, den alten Konflikt auf der ideologischen Ebene zu reaktivieren, insbesondere dann, wenn die „postkommunistischen“ Kräfte als Protagonisten einer weitgehend neoliberalen Modernisierungspolitik ins Visier genommen werden können. In Polen, wo während der 1980er-Jahre eine in ihrer Stoßrichtung anfangs klassisch gewerkschaftliche, basisdemokratisch orientierte Arbeiterorganisation – in mancher Hinsicht vergleichbar den zeitlich fast parallelen Vorgängen in Brasilien – zu einer umfassenden antidiktatorischen Volksbewegung ausgeweitet hatte, spielt *Solidarność* als Gewerkschaft, die neben konkurrierenden Gewerkschaften existiert, heute eine weit geringere Rolle. Politisch hat sie im kapitalistischen Polen eher rechtskonservative Parteien und Parteibündnisse unterstützt.

Im Hinblick auf die politisch-ideologische Ausrichtung von Gewerkschaften lassen sich in Europa im Wesentlichen drei Grundorientierungen unterscheiden: eine marktbezogene, wie sie seit langem in den USA heimisch und heute u. a. in Großbritannien zu finden ist; eine auf soziale Integration gerichtete, wofür die Bundesrepublik Deutschland ein klassisches Beispiel ist; und eine klassenkämpferische, die in Frankreich und in Südeuropa anzutreffen ist. Allerdings sind diese Grundorientierungen in unterschiedlichem Mischungsverhältnis in allen nationalen Gewerkschaftsbewegungen vorhanden, seien sie im Großen und Ganzen einheitlich oder in unterschiedliche Richtungen gespalten.

Diese Differenzen hängen nicht zuletzt mit den verschiedenen Typen der Austragung sozialer Konflikte zusammen, die im Verlauf des 20. Jahr-

hunderts entstanden und im Zuge des neoliberalen Paradigmenwechsels nicht verschwunden sind, sich bemerkenswerterweise nicht einmal wesentlich abgeschwächt haben: Im korporatistischen Typ (Nordeuropa, deutschsprachiges Mitteleuropa, Niederlande und teilweise Belgien) sind die autonom handelnden Kontrahenten relativ stark organisiert – begünstigt durch weit zurück reichende Traditionen der Vereinsbildung und des zivilgesellschaftlichen Engagements. Sie haben für die Tarifaueinandersetzungen ein avanciertes Regelwerk entwickelt, das vor Arbeitskämpfen zwingende Prozeduren vorsieht: Verhandlung, Schlichtung, Urabstimmung. Tarifverträge werden weiterhin auf Branchenebene abgeschlossen. Wenn es – relativ selten – zu Streiks kommt, können diese recht lange dauern; sie haben nicht selten einen exemplarischen Charakter, so etwa der Kampf der IG Metall 1984 um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche.

Der kampforientierte Typ (romanisches und südlichen Europa) ist demgegenüber durch relativ mitgliederschwache Richtungsgewerkschaften mit entsprechend kärglich gefüllten Streikkassen und durch schwach organisierte Arbeitgeberverbände gekennzeichnet. Arbeitskämpfe sind weniger reguliert; insbesondere gibt es kaum Regelungen zur Schlichtung, sodass es häufig zu Interventionen des Staates mit der Folge der Politisierung des jeweiligen Konflikts kommt. Frankreich kennt etwa ein extensives Streikrecht, wohingegen Gewerkschaften wie Betriebsausschüsse rechtlich schlechter gestellt sind als etwa in Deutschland. Die Gewerkschaften sehen ihre Funktion vor allem in der Vorbereitung und Durchführung von Streik- und Protestmaßnahmen. In den großen Tarifverträgen wird nur Allgemeines geregelt; die konkreten Vereinbarungen über Löhne und Arbeitsbedingungen werden in den betrieblichen Kollektivvereinbarungen getroffen. Das gewerkschaftliche Spektrum ist weit ausgefächert. Es umfasst nicht nur die vier etablierten Richtungsgewerkschaften: den lange kommunistisch dominierten, immer noch größten CGT, die mehrheitlich sozialistische FO, die christliche CF'FC, den einst undogmatisch-linken, partizipatorisch eingestellten, doch inzwischen pragmatisch-kooperativ gewendeten CFDT – und die ebenfalls etablierte Gewerkschaft der höheren Angestellten. Hinzu kommen heute auch die von der CFDT abgespaltene SUD (Solidaire, Unitaire, Démocratique) mit 40.000 Mitgliedern, daneben eine kleine anarcho-syndikalistische Gruppierung; und auch die Arbeitsloseninitiative ACI sowie die agrarische Confédération Paysanne wären in diesem Zusammenhang zu nennen.

Im pluralistischen Typ (Großbritannien und Irland) sind die Gewerkschaften vergleichsweise mitgliederstark, allerdings fragmentiert und ohne

klares industrieverbandliches Ordnungsprinzip. Mit den Shop Stewards gibt es traditionell betriebliche Vertreter mit einstmals beträchtlichem Einfluss. Die Konfliktregelungsmechanismen dieses Typs sind auf einem mittleren Niveau zwischen denen der beiden anderen Typen angesiedelt. Das Arbeitsrecht orientiert sich am individuellen Vertragsrecht. Tarifverträge werden meist auf Betriebsebene geschlossen. Während sich die britische Regierung Jahrzehnte lang weitestgehend aus den Arbeitskonflikten herausgehalten hatte, machte sie sich in der Ära Thatcher zeitweilig unmittelbar zur Partei.

Wie das deutsche Beispiel zeigt, hinkt die Zusammensetzung der Gewerkschaften der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hinterher. Sie haben Schwierigkeiten, sowohl zu den neuen hoch qualifizierten als auch bei den niedrig qualifizierten und schlecht bezahlten Arbeitnehmergruppen Zugang zu finden. Frauen, junge Menschen, Migranten und Angestellte sind deutlich schwächer erfasst, als es ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten entspräche – oder anders herum: Überrepräsentiert sind ältere Männer, ethnische Deutsche, Arbeiter, namentlich Facharbeiter. Das gilt für das Funktionärskorps ebenso wie für die breite Mitgliedschaft. Offenbar ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad auch unter Betriebsräten zurückgegangen.

Neben dem nicht erst in den letzten Jahrzehnten manifest gewordenen Problem der inneren Demokratie in den bürokratisierten und hierarchisierten Strukturen ist ein Trend zur Verwandlung der Gewerkschaften in reine Dienstleistungsorganisationen zum persönlichen Nutzen und zur Absicherung ihrer Mitglieder auszumachen. Allerdings findet diese Entwicklung ihre Grenze in der grundsätzlichen Aufrechterhaltung der Mobilisierungsfähigkeit und Streikbereitschaft, um in den Tarifauseinandersetzungen glaubhaft zu bleiben. Um die völlige Erosion des Flächentarifvertrags zu verhindern, haben die DGB-Gewerkschaften mittlerweile eine Version betriebsnaher Tarifpolitik mit situationsbezogenen Öffnungsklauseln akzeptiert. Im fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus waren die Gewerkschaften korporatistisch auf den Nationalstaat bezogen. Diese tradierte Orientierung ist dann mehr oder weniger auf den derzeitigen „nationalen Wettbewerbsstaat“ übertragen worden und findet ihre Fortsetzung nach unten in einem auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Betriebes bzw. Unternehmens gerichteten Korporatismus.

Anders als in früheren Perioden hat die Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht zu einer Radikalisierung der Beschäftigten geführt. Eine Studie zur Reaktion in deutschen Betrieben auf die jüngste Finanz- und Wirt-

schaftskrise (2008/09) diagnostiziert als vorherrschende Stimmung ein Gefühl der Ohnmacht und Ratlosigkeit, wobei es sich bei der Mehrzahl eher um die Bestätigung langjähriger Erfahrungen als um eine schockartige Wahrnehmung handelt („Krisenroutine“). Die Strategie des betrieblichen Managements, in der Krise durch den raschen Abbau von Leiharbeit und befristeten Beschäftigungsverhältnissen, durch die Einrichtung von Zeitkonten und durch Kurzarbeit die erforderliche „Ultra-Flexibilisierung“ zu schaffen, wird von den Kernbelegschaften und den Interessenvertretungen im Grundsatz mitgetragen, ohne die kritische Distanz aufzugeben.¹⁴

Es gibt unter Sozialisten kaum Meinungsverschiedenheiten darüber, dass Demokratisierungsforderungen heute einen zentralen Platz einnehmen müssen. Zudem verweist die drohende ökologische Katastrophe auf die Notwendigkeit, die Grenzen der wie auch immer definierten Arbeiterbewegung zu überschreiten (wie es erfolgreiche linke Projekte übrigens seit jeher tun mussten). Unter dem vielgestaltigen Ensemble der Nichtregierungsorganisationen mit ihren, wenn man die kleinen lokalen Gruppen mitzählt, weltweit schätzungsweise Millionen Mitgliedern sind hier vor allem drei Aspekte relevant. Erstens sind das die gesamtgesellschaftlichen Anstöße der Frauenbewegung bzw. des Feminismus, die auch die Gewerkschaften und die linken Parteien nicht unberührt ließen. Zweitens betrifft das die ökologische Bewegung. Während diese zunächst neben der Arbeiterbewegung operierte, teilweise sogar in Konfrontation mit ihr geriet (siehe die Mobilisierung von Betriebsräten der Atomindustrie und dort zuständigen Gewerkschaften gegen die Anti-AKW-Demonstrationen in der Bundesrepublik der späten 1970er- und frühen 1980er-Jahre), wird die Thematik heute von Gewerkschaftern in den meisten Ländern nicht mehr als „Luxusproblem“ eingeschätzt, und die neuen sozial-ökologischen Bewegungen gelten eher als Verbündete. In Deutschland wurde die vorsichtige Annäherung seit Mitte der 1980er-Jahre durch die Erkenntnis der ökonomischen Chancen und damit der Arbeitsplätze schaffenden Möglichkeiten erneuerbarer Energien sowie der gebieterischen Notwendigkeit des ökologischen Umsteuerns erleichtert.

Der dritte Gesichtspunkt ist die Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung in den zurückliegenden zehn bis fünfzehn Jahren, der sich Gewerkschaften aus verschiedenen Ländern angeschlossen haben. Vorbereitet haben diese internationale und dem Selbstverständnis nach interna-

14 Siehe Richard Detje u. a.: Krise ohne Konflikt? Zur Wahrnehmung der Wirtschaftskrise aus Sicht der Betroffenen, in: WSI-Mitteilungen, 2011, H. 10, S.503-510.

tionalistische Bewegung die Solidaritätsarbeit mit den antikolonialen bzw. antiimperialistischen Befreiungsfronten in Lateinamerika, Afrika und Asien seit den 1950er-Jahren und dann die Ausweitung der neuen sozialen Bewegungen, aus denen sie „gleichsam herausgewachsen sind“¹⁵. Für die USA wird der Beginn von Massenprotesten auf die Tagung der Welt-handelsorganisation im November/Dezember 1999 in Seattle datiert; in Europa erreichte der Protest anlässlich des G8-Gipfels in Genua im Juli 2001 Massenbeteiligung. Laut der Charta von Porto Alegre geht es um die Artikulation der „Opposition gegen den Neoliberalismus“, positiv um das Streben nach Demokratie und Solidarität, nach „Lebensqualität, Gleichberechtigung, Respekt und Frieden“¹⁶, wobei diese unkonkreten Formulierungen auf die breite, plurale Zusammensetzung der Trägergruppen hindeuten: Neben Gruppierungen mit allgemein-politischem Anspruch finden sich themenbezogene Netzwerke, kirchliche Initiativen usw.

Obwohl die Demonstrationen und Kundgebungen vor Beginn des Irak-Kriegs im Frühjahr 2003 eine der größten gleichzeitigen internationalen Aktionen der Geschichte überhaupt darstellten, ist es unter den gegenwärtigen Bedingungen schwer, die betroffenen Völker und die engagierten Menschen über längere Zeit mit einer Anti-Kriegs-Kampagne aufzurütteln. Das liegt darin begründet, dass die USA, um die es dabei vor allem geht, schon in den 1980er-Jahren (auch als Lehre aus dem Vietnamkrieg) eine auf die finanziellen Möglichkeiten und den technologischen Vorsprung gestützte Automatisierung des Krieges eingeleitet, zudem die Wehrpflicht abgeschafft haben, sodass die amerikanische Normalfamilie von den relativ wenigen Gefallenen kaum tangiert wird. Zudem eignen sich die Führungen der von einer amerikanischen (oder europäischen) Intervention betroffenen Länder, afghanische Radikalisierungisten, Potentaten wie Saddam Hussein oder Muammar al-Gaddafi, nicht unbedingt zur positiven Solidarisierung.

Die Aktivisten der globalisierungskritischen Bewegung sind überwiegend männlich, relativ jung (wenn auch nicht jugendlich) und gebildet. Die 1998 in Frankreich gegründete Organisation Attac ist binnen zwei Jahrzehnten auf über 90.000 Mitglieder aus rund 50 Ländern gewachsen, darunter knapp 19.000 Deutsche (wobei Kollektivmitglieder wie die Gewerkschaft ver.di dabei nicht berücksichtigt sind). Obwohl in dem betreffenden Milieu ein moralischer Internationalismus vorherrscht, sind die

15 Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/Main - New York 2008, S.496.

16 Charta der Grundsätze des Weltsozialforums vom 10.06.2001, verfügbar u. a. über die Internetadresse des Sozialforums in Deutschland.

Aktivisten in ihrem Handeln doch auch auf die Nationalstaaten verwiesen und behalten ihre spezifische nationale Prägung im kulturellen wie im politischen Sinn, um effektiv wirken zu können. Insofern wäre zu fragen, ob statt von Globalität der Bewegung im strikten Sinn eher von Transnationalität gesprochen werden müsste.

Ohne politische Parteien wird es nicht gehen

Auch wenn die sozialdemokratischen Parteien Europas in ihrer sozialen Zusammensetzung, der Wählerschaft wie der Mitgliedschaft, vielfach keine großen Unterschiede zu den liberal-konservativen „Volksparteien“ mehr aufweisen und ihr Regierungshandeln in der kurzen Hochphase um das Jahr 2000 die Neoliberalisierung eher befördert als bekämpft hat, bleiben sie politische Formationen sui generis durch Tradition, Programmatik und letztlich auch Politik mit der Arbeiterbewegung zumindest lose verbunden, auch durch ein besonderes Verhältnis zu den Gewerkschaften. Sie sind generell stärker dem Druck sozialer Bewegungen ausgesetzt als „normale“ bürgerliche Parteien. Dieses analytische Urteil bedeutet, dass, wenn die gesellschafts-politischen Weichen anders gestellt werden sollen, an der Sozialdemokratie kein Weg vorbeiführt. Die daneben agierenden linkssozialistischen oder kommunistischen Parteien, die überwiegend ebenfalls keine Arbeiterparteien im alten Sinn mehr sind und sein können, lassen – trotz zeitweiliger spektakulärer Erfolge – nirgendwo die Fähigkeit erkennen, die Sozialdemokraten aus ihrer dominierenden Position links der Mitte zu verdrängen.

So wenig eine politische Umgruppierung im großen Stil, eine Mobilmachung der Kräfte der Arbeit und der Kultur gegen den Neoliberalismus, ohne das linkssozialistische Potenzial erfolgen kann, so wenig ist sie vorstellbar ohne das sozialdemokratische (und das grün-alternative) Element, möglicherweise sogar unter Einschluss weiterer, z. B. christlicher Gruppen, die aus ideologischen Gründen derzeit noch anderweitig gebunden sind. Einen Ausweg aus den Dilemmata der Gegenwart können Parteienbündnisse indessen nur dann weisen, wenn sie tiefer reichende gesellschaftliche Annäherungs- und Mobilisierungsprozesse ausdrücken. Die schwierige Aufgabe bestünde darin, die Reste der alten Arbeiterklasse und das neue Dienstleistungsproletariat mit zumindest einem beträchtlichen Teil der neuen, hoch qualifizierten Facharbeiter- bzw. Technikerschicht einerseits und des überwiegend oder dauerhaft erwerbslosen Subproletariats andererseits zu verbünden.

Ein nur ideologisch begründeter Internationalismus hat sich wiederholt als unwirksam erwiesen. Eine effektive internationale Zusammenarbeit kann naturgemäß nur zustande kommen, wenn auf beiden bzw. allen Seiten ein konkretes – sei es mittel- und längerfristiges – Interesse ausgemacht werden kann wie beim Beispiel der US-Gewerkschaft der elektrotechnischen Arbeiter, die in den frühen 1990er-Jahren aus Eigeninteresse die Kooperation mit einer in Nordmexiko beheimateten Gewerkschaft einleitete. Auch Arbeitergruppen in Europa unternahmen international gemeinsame Aktionen. So kam es 1997 zu Solidaritätsstreiks in Frankreich, Spanien, Portugal und Slowenien, als Renault die Schließung seines belgischen Standorts ankündigte. Ein institutioneller Ansatz sind die Europäischen Betriebsräte, die aber bisher auf Informations- und Konsultationsrechte begrenzt sind. Außerhalb der offiziellen Kanäle operiert der „Transnational Information Exchange“, wo sich Forscher und Aktivisten treffen, um Informationen über transnationale Konzerne auszutauschen. Der Nationalstaat hat einiges an Steuerungsmacht und damit allemal an demokratischer Substanz verloren, wenn auch nicht in dem Ausmaß, das oftmals unterstellt wird. Er stirbt jedoch nicht ab, sondern besitzt weiterhin eine unverzichtbare Funktion für die Kapitaleseite, um die Grundvoraussetzungen der Akkumulation zu garantieren. Der Arbeitsmarkt ist weiterhin vorwiegend nationalstaatlich organisiert. An der Liberalisierung und der beschleunigten Globalisierung der Märkte war und ist der Staat aktiv beteiligt. Umgekehrt ist die Notwendigkeit des Staats auch für die Gegenkräfte eher gewachsen, um eine Neuverteilung des Sozialprodukts unter Berücksichtigung derjenigen menschlich-sozialen Bedürfnisse zu ermöglichen, die der Markt per definitionem nicht befriedigen kann. Das gilt in besonderem Maße für die südliche Hemisphäre, aber ebenso für die entwickelten Länder des Nordens. Diese Ambivalenz der gestalterischen Macht des Staats stellt sich für großregionale Verbünde, deren Rolle bisher de facto überwiegend in der eines Transmissionsriemens und Katalysators der Globalisierung bestand, namentlich die Europäische Union, prinzipiell nicht anders dar als für die nationalen Einheiten. Auf beiden Ebenen handelt es sich um die (Wieder-)Gewinnung des Primats der Politik über die Wirtschaft.

Wesentliche Aspekte einer sozial-ökologischen und popular-demokratischen Umsteuerung auf nationalstaatlicher wie übernationaler Ebene werden von Vertretern unterschiedlicher Positionen links der Mitte immer wieder übereinstimmend benannt: so die Reregulierung der Ökonomie, insbesondere der Finanzmärkte, die Stärkung der Binnenmärkte, die ökologische Umrüstung von Wirtschaft und Gesellschaft, die Verteidigung

bzw. der Wiederaufbau des Sozialstaats mit dem Ziel der „garantierten sozialen Inklusion“¹⁷, die Gewährleistung begabungsgerechter Bildungschancen für alle, die Rückgewinnung öffentlicher Güter, eine egalisierende Steuerpolitik, die Sicherung von Rechten der Entscheidungsteilhabe und deren Ausbau in den verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsebenen, namentlich, betrieblich wie überbetrieblich, in der Wirtschaft. Einen möglichen völkerrechtlichen Bezugspunkt bilden die Pakte der UNO von 1966 über Bürger- und Menschenrechte mit der gleichrangigen Verbriefung universeller bürgerlicher, politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Grundrechte. Umstritten ist demgegenüber vor allem, wie weit sich linke oder Mitte-Links-Regierungen auf nationaler Ebene den weltwirtschaftlichen Bedingungen in der derzeitigen Fassung anpassen müssen (um überhaupt handlungsfähig zu sein) bzw. dürfen (um nicht etwas zu befördern, was überwunden werden soll). Auch auf die Frage, wie in einer solchen Konstellation mit der enormen Staatsverschuldung umzugehen wäre, sind unterschiedliche Antworten möglich.

Nur in dem skizzierten politisch-programmatischen Zusammenhang ist eine Perspektive „jenseits des Kapitalismus“ realistisch denkbar, eine Perspektive, die identisch wäre mit der Renaissance des Sozialismus in Europa. Was „demokratischer Sozialismus“ bedeuten könnte, lässt sich gewiss nicht dogmatisch setzen, und es ist auch historisch nicht eindeutig ableitbar – das Spektrum reicht sozusagen von Eduard Bernstein bis Rosa Luxemburg –, doch unzweifelhaft ist der Bedarf an Klärung. Der Begriff des „demokratischen Sozialismus“, wenn er einen Sinn haben soll, darf weder auf eine vage, unverbindliche, letztlich inhaltsleere Floskel reduziert werden, noch lediglich dazu dienen, einen diskreditierten Parteinaamen aus dem Bewusstsein zu verdrängen.

17 Thomas Meyer: Die Theorie der Sozialen Demokratie, in: Peter Brandt (Hrsg.): Soziales Europa? Erträge des Symposiums des Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften an der Fernuniversität in Hagen am 20. Oktober 2006, Berlin 2009, S.157-193, hier S.158.